



25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Gremium: Ausschuss für Kultur
Sitzungstermin: Donnerstag, 23.06.2022, 17:30 Uhr
Ort, Raum: Pavillon auf der Freundschaftsinsel, Lange Brücke, 14467 Potsdam

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.05.2022

- 3 AG Gegenwartskunst

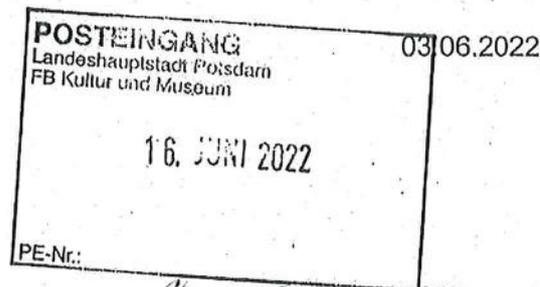
- 4 Straßenbenennungen / Straßennamenpool

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Neubenennung der „Enver-Pascha-Brücke“ in Potsdam-Babelsberg
22/SVV/0297 Einreicher: Fraktion CDU
 - 5.2 Erinnerungsorte der Kolonialgeschichte
22/SVV/0305 Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
 - 5.3 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24
22/SVV/0352 Einreicher: Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
 - 5.4 Potsdam als Gastgeberstadt des Deutschen Chorfestes
22/SVV/0362 Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

- 5.5 Sitzungskalender 2023
22/SVV/0370
- Einreicher: Stadtverordneter
Heuer als Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung
- 6 Ideen- und Realisierungswettbewerb
Glockenspiel
gemäß Beschluss: 21/SVV/1233
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Information zum Fachbeirat für
Erinnerungskultur
- 7.2 Kultursommer 2022- Förderempfehlungen der
Jury
- 8 Sonstiges

4714 – SB-4714-22-06
Herr Loyal-Wieck, 2714

Ausschuss für Kultur
der Stadtverordnetenversammlung
über 24



**Straßenbenennung nach Martha Ludwig
hier: Mitteilung der Verwaltung über das Ergebnis des Prüfauftrags vom 24.03.2022**

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Kultur,

in der Sitzung des Ausschusses für Kultur am 24.03.2022 wurde die Verwaltung im Zusammenhang mit der Umbenennung der Emil-Jannings-Straße beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, den Namen „Martha Ludwig“ in Babelsberg als Straßen-/Platz-/Einrichtungsnamen zu vergeben. Der Fachbereich 47 führte eine Prüfung hinsichtlich einer möglichen Straßen- oder Platzbenennung durch, welche auch bereits konkrete Vorschläge berücksichtigt. Die Prüfung hatte folgendes Ergebnis:

I. Eingereichte Vorschläge:

Von der Fraktion Die Linke wurde der Vorschlag unterbreitet, entweder

1. die Grünfläche zwischen Rudolf-Breitscheid-Straße und Glasmeisterstraße oder
2. den Spielplatz am Plantagenplatz

zu benennen.

Der Vorschlag zu Nr. 1 wäre aus Sicht der Verwaltung möglich, da es bereits an anderen Stellen in der Stadt Potsdam benannte Grünflächen gibt. Es wird lediglich zu bedenken gegeben, dass diese Grünfläche ursprünglich einmal bebaut war (Rudolf-Breitscheid-Straße 7 – 11) und aktuell in keinen Bebauungsplan liegt, d.h. bei dieser Fläche handelt es sich mittel- bis langfristig um Flächen, welche möglicherweise wieder einer Bebauung zugeführt werden könnten. Sollte diese Fläche dann einen Platznamen tragen, müsste bei einer evtl. Bebauung ein erneutes Straßen(um-)benennungsverfahren durchgeführt werden.

Der Vorschlag zu Nr. 2 wird seitens der Verwaltung sehr kritisch gesehen, da es in der Stadt Potsdam keine Spielplätze gibt, die mit Straßen- bzw. Platznamen benannt wurden. Dies hat den ordnungsrechtlichen Hintergrund, dass benannte Straßen und Plätze neben dem rein erschließungsrechtlichen Aspekt auch stets eine gewisse Aufenthaltsfunktion für die Allgemeinheit haben. Bei öffentlichen Spielplätzen verhält es sich jedoch so, dass diese keinerlei Erschließungsfunktion besitzen und die zweckbestimmende Aufenthaltsfunktion auf Kinder beschränkt ist, welche vor dem Hintergrund der Sicherstellung der Schutzbedürftigkeit eigene Räume benötigen. D.h. bei der Benennung von Spielplätzen könnte der irrtümliche Eindruck entstehen, dass es sich hierbei um einen regulären öffentlichen (Verkehrs-)Platz handelt, welcher auch für öffentliche Veranstaltungen usw. nutzbar wäre, was jedoch nicht der Fall ist. Auf Grund dessen und der Tatsache, dass der hier gegenständliche Spielplatz vollkommen mit Zäunen und Hecken eingefriedet ist und somit auch nicht als separater Platz wahrgenommen wird, wird die Benennung des Spielplatzes am Plantagenplatz seitens der Verwaltung abgelehnt.

II. Alternativvorschläge:

Bei der Suche nach geeigneten Flächen, welche antragsgemäß in Babelsberg liegen und auch einen möglichst engen räumlichen Bezug zu dem ursprünglichen Wunsch einer Benennung nach Martha Ludwig haben sollen, wurden die beiden nachstehend genannten Flächen gefunden:

3. Grünfläche im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1 „Gewerbepark Babelsberg“ an der Kreuzung Großbeerenstraße / Grünstraße *oder*
4. der bisher unbenannte Stadtplatz im Zentrum Ost

Der Vorschlag zu Nr. 3 bietet sich auf Grund der räumlich direkten Nähe zur ursprünglich für die Benennung nach Martha Ludwig in Betracht gezogenen Heinrich-George-Straße sowie Emil-Jannings-Straße an, denn diese befinden sich direkt gegenüber der Grünfläche auf der anderen Seite der Großbeerenstraße. Auf Grund der beabsichtigten Umbenennung der Heinrich-George-Straße und Emil-Jannings-Straße in „Lotte-Loebinger-Straße“ sowie mit einer möglichen Neubenennung dieser Grünfläche in „Martha-Ludwig-Platz“ würde demnach eine kunstformübergreifende und folglich sehr harmonische Verbindung zwischen Filmschaffenden und Schriftstellernden entstehen.

Der Vorschlag zu Nr. 4 liegt zwar räumlich nicht mehr im Kernbereich des Stadtteils Babelsberg, allerdings gehört das Zentrum Ost ebenfalls noch zum Gemarkungsgebiet Babelsbergs. Der Vorschlag wird unterbreitet, da Platz einerseits bisher keinen Namen trägt und andererseits das Wohngebiet Zentrum Ost zeitgleich mit der Verfilmung des bekanntesten Werks von Martha Ludwig („*Das Mädchen Krümel*“) in den 1970-er Jahren entstanden ist. Zudem würde mit einer Benennung des bisher namenlosen Stadtplatzes im Zentrum Ost neben Lotte Pulewka auch eine zweite Frau als Straßename im Wohngebiet existieren.

Seitens der Verwaltung gibt es keine Präferenz für die Verwendung einer der möglichen Plätze (1, 3 oder 4), es wird lediglich nochmals bekräftigt, dass auf eine Benennung von Spielplätzen verzichtet werden sollte.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

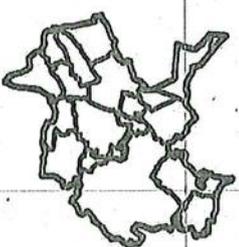
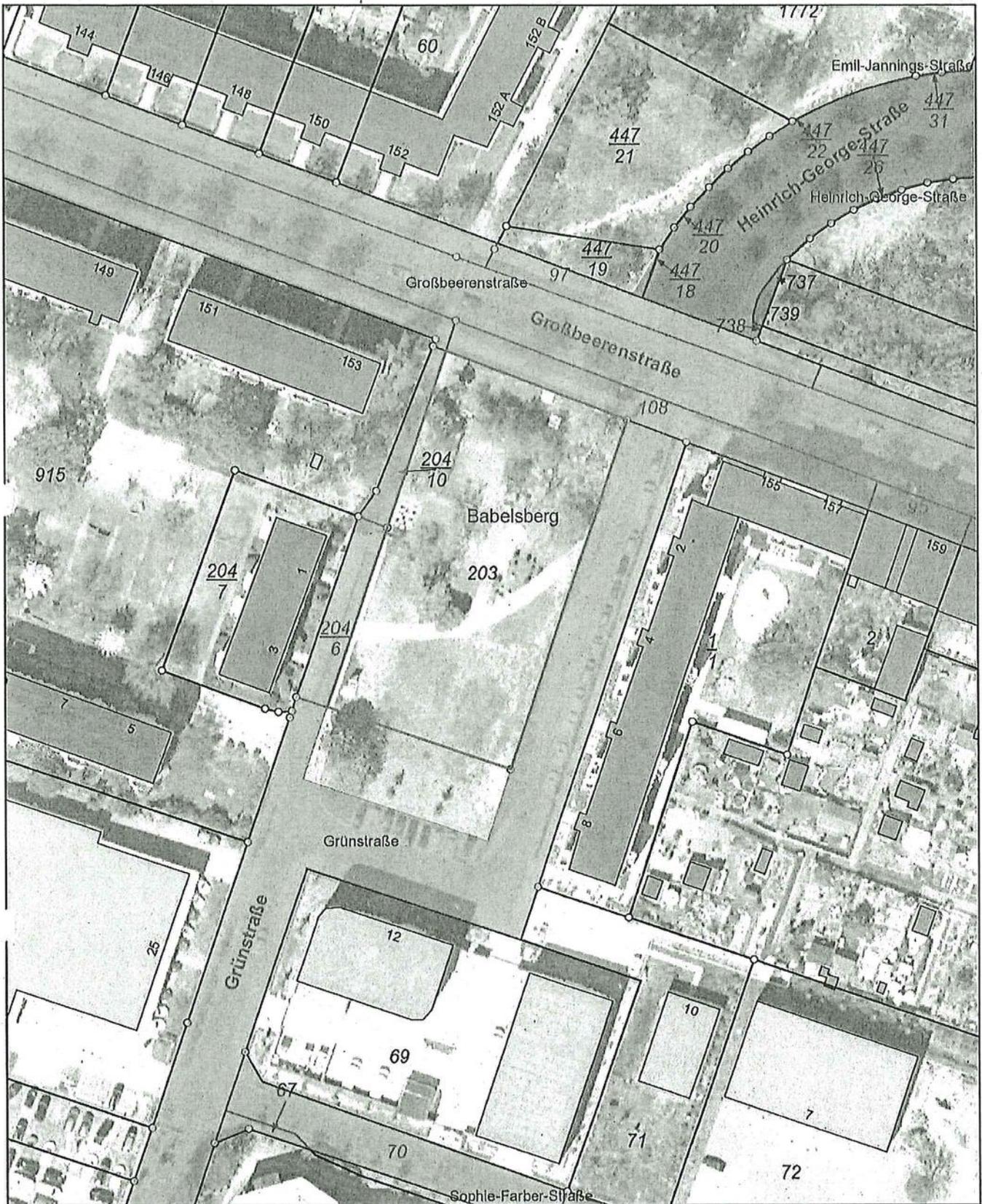


Bernd Rubelt

Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Anlagen

- Plan der Platzfläche im B-Plan Nr. 21 „Gewerbepark Babelsberg“ (1 Blatt, 10-fach)
- Plan vom Stadtplatz Zentrum Ost (1 Blatt, 10-fach)



Platzfläche (Grünfläche im BP 21)

Erstellt für Maßstab 1:1.000
 0 40 m
 Ersteller LHP, 4714-CLW
 Erstellungsdatum 03.06.2022





Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0297

öffentlich

Betreff:

Neubenennung der „Enver-Pascha-Brücke“ in Potsdam-Babelsberg

Einreicher: Fraktion CDU

Erstellungsdatum: 01.04.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.05.2022 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Neubenennung der sogenannten „Enver-Pascha-Brücke“ zwischen den Potsdamer Stadt- bzw. Ortsteilen Babelsberg und Klein Glienicke soll nach dem jüdischen Schriftsteller Franz Werfel erfolgen. Werfel hat mit seinem berühmten Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ dem Genozid am Armenischen Volk ein weltweites Denkmal gesetzt und dabei auch die Verantwortung des zeitweiligen Bürgers von Potsdam/Neubabelsberg, Enver Pascha, ausdrücklich geschildert.

Dies soll der Oberbürgermeister beim Wasser- und Schifffahrtsamt Spree-Havel beantragen, verbunden mit der Eintragung in Karten und offiziellen Dokumenten.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Franz Werfel (geb. am 10.9.1890 in Prag, gest. am 26.8.1945 in Beverley Hills) war jüdisch-deutsch-böhmischer Herkunft und hat sich nach einer Reise 1929 in die Gebiete des Genozids an den Armeniern intensiv mit dem Schicksal dieses Volkes der Jahre 1915-1917 ff. auseinandergesetzt. Daraus ist der im November 1933 veröffentlichte, weltbekannte Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ entstanden. In mehreren Kapiteln beschreibt Werfel ausdrücklich die Verantwortung des ehemaligen Kriegsministers Enver Pascha und anderer Regierungsmitglieder sowie den mutigen Einsatz des früheren Potsdamer Theologen Johannes Lepsius vor Ort. Lepsius ist bereits mit einer Straßenbenennung in Bornstedt geehrt worden.

Der Potsdam-Bezug besteht in der Mitverantwortung des Deutschen Kaiserreichs am Völkermord an den Armeniern im ersten Weltkrieg. Dies drückte sich ganz konkret noch zum Kriegsende dadurch aus, dass Enver Pascha mit einem deutschen U-Boot in einer geheimen Mission über Odessa nach Deutschland fliehen konnte.

Hier fand er ausgerechnet in Potsdam, und zwar in einer Villa im damaligen Neubabelsberg in der Spitzweggasse, bei einem bekannten Orientforscher Zuflucht, wo er längere Zeit in cognito lebte. (Nach dem Umbruch in der Türkei war Enver Pascha in Abwesenheit wegen des Genozids zum Tode verurteilt worden.)

Deswegen ist Franz Werfel mit seinem Roman über den Völkermord an den Armeniern und damit der weltweiten Aufklärung dieser Verbrechen und ihrer Verantwortlichen die konsequenteste und sichtbarste Antwort auf die bereits beantragte Umbenennung dieser Brücke.

Der Roman von Franz Werfel ist 1978 vom Aufbau-Verlag in der Reihe Taschenbibliothek der Weltliteratur veröffentlicht worden und ist dadurch auch in der DDR einem breiten Publikum zugänglich geworden.

Franz Werfel musste wegen seiner jüdischen Abstammung nach dem sogenannten „Anschluss Österreichs“ 1938 gemeinsam mit seiner Frau Alma Mahler-Werfel unter Lebensgefahr über Frankreich, Spanien und Portugal in die USA fliehen. 2006 wurde ihm postum die Ehrenbürgerschaft Armeniens verliehen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0305

öffentlich

Betreff:

Erinnerungsorte der Kolonialgeschichte

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum: 04.04.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.05.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu untersuchen, welche der Potsdamer Straßen, Plätze und Einrichtungen Namen tragen, die im Zusammenhang mit der deutschen Kolonialgeschichte stehen.

Außerdem soll geprüft werden, welche Orte in der Stadt besonders geeignet sind, um dort Lern- und Erinnerungsorte zu etablieren und über die Kolonialgeschichte zu informieren.

Dabei soll die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen sowie mit zivilgesellschaftlichen und antirassistischen Initiativen angestrebt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im August 2022 zum ersten Mal über den Sachstand informiert werden.

Liane Enderlein und Uwe Rühling
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorbereitungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im benachbarten Berlin läuft seit längerer Zeit eine intensive Debatte zur Entkolonialisierung des öffentlichen Gedenkens. Auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg hat sich der Thematik gestellt und mit der Umbenennung des M*-Rondells im Schlosspark Sanssouci inzwischen ein wichtiges erstes Zeichen gesetzt.

Brandenburg-Preußen hat eine eigene Geschichte als Kolonialmacht. Die in Potsdam residierenden Kurfürsten und Könige beuteten z.B. die Kolonien Groß Friedrichsburg (im heutigen Ghana, Kolonie 1683 bis 1718), Arguin (im heutigen Mauretanien, Kolonie 1685 bis 1721), St. Thomas (Karibik, heute zu den Amerikanischen Jungferninseln gehörig, brandenburgisches Pachtgebiet in Dänisch-Westindien 1685 bis 1720) und Krabbeninsel (Karibik, heute zu Puerto Rico gehörig, brandenburgische Annexion in Dänisch-Westindien 1689 bis 1693) aus.

Eine konsequente und verantwortungsvolle Aufarbeitung der Kolonialgeschichte beinhaltet nicht nur eine Entkolonialisierung des öffentlichen Stadtraums und eine symbolträchtige Änderung einiger Straßennamen. Sie fördert auch die öffentliche Debatte über die Kontinuität kolonialer und rassistischer Weltbilder und der von diesen geprägten Strukturen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0352

Betreff:
Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 13.04.2022

Eingang 502:

Einreicher: Beteiligungsmanagement

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.05.2022 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die strategischen Projekte werden im Rahmen der Haushaltsplanung zum Doppelhaushalt 2023/24 innerhalb der Eckwerte der jeweiligen Geschäftsbereiche in besonderer Weise berücksichtigt. Sonstige Projekte der Geschäftsbereiche, die nicht als Strategieprojekte im Sinne dieser Mitteilungsvorlage bestimmt wurden, können als freiwillige Aufgaben im kommunalrechtlichen Sinne im Rahmen der regulären Linientätigkeit oder über geschäftsbereichsinterne Projektstrukturen unter Maßgabe der vorhandenen Haushaltsmittel umgesetzt werden, sofern sämtliche pflichtigen Aufgaben der LHP und die Durchführung der strategischen Projekte abgesichert sind.

Durch die Fokussierung auf die strategischen Projekte soll ein zielgenauerer Einsatz von Haushaltsmitteln erreicht werden. Des Weiteren werden damit die Steuerungsfähigkeit verbessert und die Transparenz darüber erhöht, welchen Beitrag die Stadtverwaltung zur Verwirklichung des Leitbildes und der Gesamtstädtischen Ziele geleistet hat, in dem am Ende des Doppelhaushaltes 2023/24 konkret abrechenbare Ergebnisse aufgezeigt werden können.

Die Strategischen Projekte wurden am 02.04.2022 den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtfraktionen vorgestellt und diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt strategischen Projekte im Rahmen der Haushaltsplanung zum Doppelhaushalt 2023/24 zur Kenntnis.

Strategische Projekte für die Planung des DHH 2023/24

1. Vorbemerkung	4
1.1 Kurzzusammenfassung.....	6
2. Verzahnung von Strategie und Haushalt	11
3. Politische, wirtschaftliche und strategische Prämissen für die Haushaltsaufstellung 2023/24	11
4. Abwägung der strategischen Projekte	13
5. Strategische Ziele und Projekte der Geschäftsbereiche	14
5.1 Geschäftsbereich 1	14
5.1.1 Projektgrunddaten	14
5.1.2 Ausgangslage	14
5.1.3 Projektziele	15
5.1.4 Projektinhalte	16
5.1.5 Projektorganisation	17
5.1.6 Ressourcen.....	17
5.2 Geschäftsbereich 2	18
5.2.1 Erarbeitung und Umsetzung eines kommunalen Medienentwicklungsplans	18
5.2.1.1 Projektgrunddaten.....	18
5.2.1.2 Ausgangslage	18
5.2.1.3 Projektziele.....	19
5.2.1.4 Projektinhalte	19
5.2.1.5 Projektorganisation	20
5.2.1.6 Ressourcen	20
5.2.2 Umsetzung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung (IKSEP)	21
5.2.2.1 Projektgrunddaten.....	21
5.2.2.2 Ausgangslage	21
5.2.2.3 Projektziele.....	22
5.2.2.4 Projektinhalte	23
5.2.2.5 Projektorganisation	25
5.2.2.6 Ressourcen	25
5.3 Geschäftsbereich 3	27
5.3.1 Bezahlbarer Wohnraum, Aufenthaltsqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Quartieren	27
5.3.1.1 Projektdaten	27
5.3.1.2 Ausgangslage	27
5.3.1.3 Projektziele.....	28
5.3.1.3 Projektinhalte	29
5.3.1.4 Projektorganisation	33

5.3.1.5	Ressourcen	34
5.3.2	Verbesserung der Alarmierung, Bevorratung und Planung des Katastrophenschutzes der LHP	34
5.3.2.1	Projektgrunddaten	35
5.3.2.2	Ausgangslage	35
5.3.2.3	Projektziele.....	36
5.3.2.4	Projekthalte	36
5.3.2.5	Projektorganisation	40
5.3.2.6	Ressourcen	40
5.4	Geschäftsbereich 4	41
5.4.1	Autoarme Innenstadt	41
5.4.1.1	Projektgrunddaten.....	41
5.4.1.2	Ausgangslage	41
5.4.1.3	Projektziele.....	41
5.4.1.4	Projekthalte	42
5.4.1.5	Projektorganisation	42
5.4.1.6	Ressourcen	42
5.4.2	Pendlerkorridore	43
5.4.2.1	Projektgrunddaten.....	43
5.4.2.2	Ausgangslage	43
5.4.2.3	Projektziele.....	43
5.4.2.4	Projekthalte	44
5.4.2.5	Projektorganisation	44
5.4.2.6	Ressourcen	44
5.4.3	Umsetzung eines Radverkehrskonzeptes	45
5.4.3.1	Projektgrunddaten.....	45
5.4.3.2	Ausgangslage	45
5.4.3.3	Projektziele.....	45
5.4.3.4	Projekthalte	46
5.4.3.5	Projektorganisation	46
5.4.3.6	Ressourcen	46
5.4.4	Entwicklung Golm	47
5.4.4.1	Projektgrunddaten.....	47
5.4.4.2	Ausgangslage	47
5.4.4.3	Projektziele.....	48
5.4.4.4	Projekthalte	48
5.4.4.5	Projektorganisation	49
5.4.4.6	Ressourcen	49
5.4.5	Lebendige Innenstadt	50

5.4.5.1	Projektgrunddaten.....	50
5.4.5.2	Ausgangslage	50
5.4.5.3	Projektziele.....	51
5.4.5.4	Projekthalte	52
5.4.5.5	Projektorganisation	52
5.4.5.6	Ressourcen	52
5.4.6	Stadtteilentwicklung Krampnitz 5.000.....	53
5.4.6.1	Projektgrunddaten.....	53
5.4.6.2	Ausgangslage	53
5.4.6.3	Projektziele.....	53
5.4.6.4	Projekthalte	54
5.4.6.5	Projektorganisation	56
5.4.6.6	Ressourcen	56
5.5	Geschäftsbereich 5.....	58
5.5.1	Projektgrunddaten	58
5.5.2	Ausgangslage	58
5.5.3	Projektziele	59
5.5.4	Projekthalte	59
5.5.5	Projektorganisation	61
5.5.6	Ressourcen.....	61
5.6	Geschäftsbereich 9.....	62
5.6.1	Projektgrunddaten	62
5.6.2	Ausgangslage	62
5.6.3	Projektziele	63
5.6.4	Projekthalte	64
5.6.5	Projektorganisation	68
5.6.6	Ressourcen.....	69
6.	Strategisches Controlling und Berichtswesen	69

1. Vorbemerkung

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ist eine wachsende Stadt. Die damit verbundenen Herausforderungen sind komplex und vielfältig. Um diese Herausforderungen nachhaltig bewältigen zu können, wurde in der LHP auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung eine Strategische Steuerung etabliert, mit dem Ziel, die Debatte um Herausforderungen, Prioritäten und Verteilung von Ressourcen in einer neuen Qualität, orientiert an Themen und Inhalten einer wachsenden Stadt, zu führen.

Den inhaltlichen Rahmen bilden hierbei das Leitbild (16/SVV/0275) sowie die Gesamtstädtischen Ziele (18/SVV/0576) der Landeshauptstadt Potsdam, das Werkzeug stellt das Konzept Strategische Steuerung der Landeshauptstadt Potsdam – Gesamtkonzept dar (18/SVV/0254).

Mit der Strategischen Steuerung sind die folgenden Ziele verbunden:

- bewusste Gestaltung des Wachstums der LHP
- gezielter und nachhaltiger Einsatz von Ressourcen
- verlässliche und langfristige Planung
- verbindliche Handlungsschwerpunkte
- Verknüpfung des Haushaltes mit dem Leitbild und den Gesamtstädtischen Zielen
- Transparenz über die Aufgaben in den Geschäftsbereichen

Die strategische Steuerung bietet die Chance, die gesamtstädtisch relevanten Herausforderungen der LHP im Vorfeld einer Haushaltsaufstellung in der Verwaltung mit den kommunalen Beteiligungen und der Politik zu erörtern und einen abgestimmten Strategiebeschluss zu fassen, der die inhaltliche Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung bildet.

Auf dem Weg zur Einführung der strategischen Steuerung hat die Landeshauptstadt Potsdam in den letzten Jahren mehrere Wegmarken erreicht. Der grundsätzliche Ansatz lässt sich noch einmal an der folgenden Grafik erkennen:



Das Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam (2016-2026) wurde als langfristiger Rahmen, als Vision, in einem Beteiligungsprozess mit den Bürger:innen, erarbeitet und mit der Beschlussvorlage 16/SVV/0275 verabschiedet.

Die Gesamtstädtischen Ziele (2019-2024) wurden als Präzisierung des Leitbildes von Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung gemeinsam diskutiert und noch durch die Stadtverordnetenversammlung der Wahlperiode 2014-2019 mit der Beschlussvorlage 18/SVV/0576 beschlossen.

Als Konkretisierung für die Geschäftsbereiche wurden darauf aufbauend die strategischen Ziele für die Geschäftsbereiche¹ durch die Verwaltung erarbeitet und durch die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage 19/SVV/1174 beschlossen.

Mit der schrittweisen Beschreibung von strategischen Projekten werden nun Maßnahmenbündel beschrieben, die in einem vorgegebenen zeitlichen Rahmen zur Zielerreichung beitragen und aus mehreren Maßnahmen auf Ebene der Produkte im Haushalt bestehen.

¹ Im damaligen Beschluss wird noch der Begriff Themenfelder genutzt, der zukünftig im Sinne einer Nutzung der auch in anderen Städten üblichen Begriffen als strategische Ziele benannt werden.

1.1 Kurzzusammenfassung

Leitbild 2016-2026 (16/SVV/0275)	Gesamtstädtische Ziele 2019-2024 (18/SVV/0576)	Strategische Ziele der GB (ehemals Themenfelder) (19/SVV/1174)
Vision, im Beteiligungsprozess mit Bürger:innen entwickelt	Präzisierung Leitbild, entwickelt von Verwaltung und SVV	Konkretisierung der Verwaltung für die Geschäftsbereiche, beschlossen durch SVV
Eine Stadt für ALLE	Digitales Potsdam	Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam
Die produktive Stadt	Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung	Moderne Bildungsinfrastruktur
Die lebendige Stadt	Vielseitiges Unternehmertum	Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, sozialer Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Stadt- und Ortsteilen
Die innovative Stadt	Investitionsorientierter Haushalt	Klimaschutz und umwelt- und sozialgerechte Mobilität
Die Wissensstadt	Wachstum mit Klimaschutz und hoher Lebensqualität	Attraktivierung der Landeshauptstadt Potsdam als Wirtschaftsstandort
Die wachsende Stadt	Vorausschauendes Flächenmanagement	Die Landeshauptstadt Potsdam als bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin
	Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur	
	Umweltgerechte Mobilität	
	Bürgerschaftliches Engagement	

	Leitbild	Gesamtstädtisches Ziel	Strategisches Ziel	Strategisches Projekt	Projektleitung	Projektlaufzeit	Projektnr.
GB 1	Die innovative Stadt - Potsdam geht wirtschaftlich und sinnvoll mit öffentlichen Ressourcen um.	Investitionsorientierter Haushalt	Erarbeitung einer 10-Jahres-Investitionsplanung	Schaffung der organisatorischen Grundlagen und Erarbeitung einer erstmaligen 10-Jahres-Investitionsplanung	Bürgermeister Burkhard Exner	01.01.2020-31.12.2024	1.1-2022
GB 2	Die Wissensstadt - Potsdam ist eine Stadt der Bildung und des Wissens.	Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur	Moderne Bildungsinfrastruktur	Erarbeitung und Umsetzung eines kommunalen Medienentwicklungsplans	Beigeordnete Noosha Aubel	01.01.2020-31.12.2024	2.1-2022
				Umsetzung IKSEP		01.08.2021-01.08.2026	2.2-2022
GB 3	Die wachsende Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum.	Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung	Bezahlbarer Wohnraum, Aufenthaltsqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Quartieren	Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes durch: Umsetzung des Potsdam Bonus, Soziale Erhaltungssatzungen, Koordinierungsstelle Wohnungstausch, Wohnungsmarktbeobachtung und eine neue Bodenpolitik	Beigeordnete Brigitte Meier	01.04.2020-31.12.2024	3.1-2022
	Die wachsende Stadt	Wachstum mit hoher Lebensqualität (behutsames Wachstum)	Attraktive Arbeitgeberin und bürgerfreundliche Dienstleisterin	Verbesserung der Alarmierung, Bevorratung und Planung des Katastrophenschutzes der LHP	Fachbereichsleiter Feuerwehr Ralf Krawinkel	24.02.2022 – 31.12.2031	3.2-2022

GB 4	Die lebendige Stadt - Potsdam ist eine ökologische Stadt, die sich für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz engagiert.	Umweltgerechte Mobilität	Klimaschutz und umweltgerechte Mobilität	Autoarme Innenstadt	Beigeordneter Bernd Rubelt	01.01.2020-31.12.2024	4.1-2022
	Die wachsende Stadt - Potsdam ist eine Stadt, in der die Menschen vielfältig, umweltfreundlich und vernetzt mobil sein können.	Umweltgerechte Mobilität	Klimaschutz und umweltgerechte Mobilität	Pendlerkorridore		01.01.2022-15.12.2029	4.2-2022
	Die wachsende Stadt - Potsdam ist eine Stadt, in der die Menschen vielfältig, umweltfreundlich und vernetzt mobil sein können.	Umweltgerechte Mobilität	Klimaschutz und umweltgerechte Mobilität	Umsetzung eines Radverkehrskonzeptes		01.01.-2022-30.09.2027	4.3-2022

<p>Die produktive Stadt - Potsdam steht für ein lokales Handwerk und eine starke lokale Wirtschaft, die international vernetzt sind und die Nähe zur Wissenschaft nutzen.</p> <p>Die wachsende Stadt - Potsdam bekennt sich zum Wachstum der Stadt und gestaltet dieses nachhaltig.</p>	<p>Vielseitiges Unternehmertum und Vorausschauendes Flächenmanagement</p>	<p>Attraktivierung Wirtschaftsstandort</p>	<p>Entwicklung Golm</p>		<p>01.01.2022-31.12.2024</p>	<p>4.4-2022</p>
<p>Die produktive Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten sowie einer vielfältigen Einzelhandelsstruktur.</p> <p>Die wachsende Stadt - Potsdam bekennt sich zum Wachstum der Stadt und gestaltet dieses nachhaltig.</p>	<p>Vielseitiges Unternehmertum und Vorausschauendes Flächenmanagement</p>	<p>Attraktivierung Wirtschaftsstandort</p>	<p>Lebendige Innenstadt</p>		<p>01.01.2021-31.12.2026</p>	<p>4.5-2022</p>

	Die wachsende Stadt - Potsdam bekennt sich zum Wachstum der Stadt und gestaltet dieses nachhaltig.	Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung	Bezahlbarer Wohnraum, Aufenthaltsqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Quartieren	Stadtteilentwicklung Krampnitz 5.000		01.04.2020-31.12.2029	4.6-2022
GB 5	Die innovative Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit bürgernaher, effizienter und moderner Verwaltung.	Digitales Potsdam	Attraktive Arbeitgeberin und bürgerfreundliche Dienstleisterin	Schaffung eines modernen Verwaltungscampus	Dezernent Dieter Jetschmanegg	24.02.2020-31.12.2032	5.1-2022
GB 9	Die innovative Stadt - Potsdam setzt den digitalen Wandel aktiv für Innovationen ein.	Digitales Potsdam	Attraktivierung der Landeshauptstadt Potsdam als und die LHP als bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin	Smart City Potsdam - Innovativ. Grün. Gerecht.	Oberbürgermeister Mike Schubert	24.02.2020-31.12.2024	9.1-2022

2. Verzahnung von Strategie und Haushalt

2019 wurde im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2020/21 erstmals der Strategiezyklus unter Beteiligung der Verwaltung, der kommunalen Unternehmen sowie der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt. Mit dem strategischen Eckwertebeschluss (19/SVV/1174) als Ergebnis dieses ersten Strategiezyklus haben die Stadtverordneten eine grundsätzliche Entscheidung über die strategische Ausrichtung der Landeshauptstadt Potsdam bis 2024 getroffen.

Mit dem nun folgenden Schritt werden durch die Geschäftsbereiche erstmalig die entwickelten und beschlossenen strategischen Vorgaben der Stadtverordneten mit konkreten Projektvorschlägen untersetzt. Im kommenden Doppelhaushalt 2023/24 werden die Strategieprojekte prioritär von den Geschäftsbereichen umgesetzt, weil sie im besonderen Maße zur Erreichung der strategischen Ziele der Geschäftsbereiche und damit der gesamtstädtischen Ziele und schlussendlich zur Verwirklichung des Leitbildes beitragen. Damit ist erstmalig der gesamte Strategiezyklus als konsistente Ableitung operativer Maßnahmen (sog. Projektinhalte) im Rahmen strategischer Projekte beispielhaft abgebildet und kann in den kommenden Jahren anhand dieser Vorgehensweise durch weitere konkret untersetzte Projekte ergänzt werden.

3. Politische, wirtschaftliche und strategische Prämissen für die Haushaltsaufstellung 2023/24

Die Landeshauptstadt Potsdam hatte in den vergangenen Jahren als dynamisch wachsende Kommune nicht nur einen steten Anstieg der Bevölkerung zu verzeichnen, sondern insbesondere auch ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Kraft. Zwar wurde bereits vor der SARS-CoV-2-Pandemie eine Verlangsamung des Wachstums erkennbar, jedoch hat die Pandemie diesen Trend verstärkt. Die Entwicklung der Landeshauptstadt geht von einer Phase des ungebremsten in eine Phase des behutsamen Wachstums über.

Diese Entwicklung gilt es zu nutzen. Die Landeshauptstadt Potsdam muss in den kommenden Jahren die Herausforderungen einer wachsenden Stadt, bei gleichzeitiger Stabilisierung und Stärkung der Wirtschaft, bewältigen. Ein strategischer

Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ist vor diesem Hintergrund umso entscheidender.

Dabei gilt es, sich bewusst zu sein, dass die Corona-Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte voraussichtlich auch noch in den nächsten beiden Jahren spürbar sein werden. Die SARS-CoV-2 Pandemie verdeutlicht, wie schnell sich wirtschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen grundlegend verändern können. Zum großen Teil gravierender werden zudem die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sein.

Das bedeutet gleichzeitig also auch eine Bewertung und Priorisierung dessen, was die LHP unter strategischen Gesichtspunkten auf die Agenda setzt. Mit dem Strategiebeschluss im Rahmen des Doppelhaushaltes 2020/21 wurde hierfür eine erste solide Basis geschaffen. Daran soll nunmehr auch im Doppelhaushalt 2023/24 angeknüpft werden.

Prioritär meint in diesem Zusammenhang die wesentlichen Vorhaben der Geschäftsbereiche, die diese unter dem Dach des Leitbildes und der Gesamtstädtischen Ziele verfolgen. Prioritäten bilden dabei Tätigkeitsschwerpunkte ab, ohne den gesamten Leistungsumfang eines Geschäftsbereiches zu umfassen. Themen, die nicht als strategisch im Sinne dieser Mitteilungsvorlage und somit nicht als prioritär identifiziert wurden, bleiben nicht unbeachtet und werden im Rahmen der pflichtigen und sonstigen freiwilligen Aufgaben von den Geschäftsbereichen weiterhin wahrgenommen. Als prioritär gelten hingegen Leistungen mit Veränderungs- und Innovationspotential oder herausgehobener gesamtstädtischer Relevanz.

Die folgenden sechs strategischen Ziele werden entsprechend des Eckwertebeschlusses (19/SVV/1174) von den Geschäftsbereichen prioritär durch die strategischen Projekte bearbeitet:

- Konzeptionierung, Entwicklung und Erstellung einer 10-Jahres-Investitionsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam
- Moderne Bildungsinfrastruktur
- Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, sozialer Ausgleich und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Stadt- und Ortsteilen
- Klimaschutz und umwelt- und sozialgerechte Mobilität

- Attraktivierung der Landeshauptstadt Potsdam als Wirtschaftsstandort
- Die Landeshauptstadt Potsdam als bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin

4. Abwägung der strategischen Projekte

Im Verlauf des Jahres 2021 wurden die zur Erreichung der strategischen Ziele möglichen strategischen Projekte durch die Verwaltung im Rahmen eines intensiven Abstimmungsprozesses präzisiert.

Zunächst schlugen die Geschäftsbereiche auf Basis ihres jeweiligen Aufgabenportfolios strategisch relevante Projekte vor. Diese wurden im Ergebnis mehrerer Klausurtagungen weiter qualifiziert und priorisiert. Die Priorisierung erfolgte sowohl unter dem Gesichtspunkt der gesamtstädtischen Bedeutung als auch unter dem Primat der tatsächlichen Umsetzbarkeit im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung. Einige Projekte von besonderer Wichtigkeit gehen über den aktuellen Zyklus der gesamtstädtischen Ziele hinaus. Ihre Fortsetzung ist bis zum avisierten Projektende vorgesehen.

Die strategischen Projekte werden im Rahmen der Haushaltsplanung zum Doppelhaushalt 2023/24 innerhalb der Eckwerte der jeweiligen Geschäftsbereiche in besonderer Weise berücksichtigt. Sonstige Projekte der Geschäftsbereiche, die nicht als Strategieprojekte im Sinne dieser Mitteilungsvorlage bestimmt wurden, können als freiwillige Aufgaben im kommunalrechtlichen Sinne im Rahmen der regulären Linientätigkeit oder über geschäftsbereichsinterne Projektstrukturen unter Maßgabe der vorhandenen Haushaltsmittel umgesetzt werden, sofern sämtliche pflichtigen Aufgaben der LHP und die Durchführung der strategischen Projekte abgesichert sind.

Durch die Fokussierung auf die strategischen Projekte soll ein zielgenauerer Einsatz von Hausmitteln erreicht werden. Des Weiteren werden damit die Steuerungsfähigkeit verbessert und die Transparenz darüber erhöht, welchen Beitrag die Stadtverwaltung zur Verwirklichung des Leitbildes und der Gesamtstädtischen Ziele geleistet hat, in dem am Ende des Doppelhaushaltes 2023/24 konkret abrechenbare Ergebnisse aufgezeigt werden können.

5. Strategische Ziele und Projekte der Geschäftsbereiche

5.1 Geschäftsbereich 1

5.1.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die innovative Stadt - Potsdam geht wirtschaftlich und sinnvoll mit öffentlichen Ressourcen um.
Gesamtstädtisches Ziel	Investitionsorientierter Haushalt
Strategisches Ziel	Erarbeitung einer 10-Jahres-Investitionsplanung
Strategisches Projekt	Schaffung der organisatorischen Grundlagen und Erarbeitung einer erstmaligen 10-Jahres-Investitionsplanung
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Geschäftsbereich 1 – Finanzen, Investitionen und Controlling
Projektleitung	Bürgermeister Burkhard Exner
Projektlaufzeit	01.01.2020 – 31.12.2024

5.1.2 Ausgangslage

Die Bewältigung der Herausforderungen durch das Wachstum der Landeshauptstadt Potsdam wird nur dann gelingen, wenn der damit verbundene Erhalt und Ausbau der städtischen Infrastruktur gewährleistet ist – dies betrifft sowohl die Investitionen selbst als auch deren dauerhaften Betrieb und die dafür notwendige „dauerhafte Leistungsfähigkeit“ des städtischen Haushalts.

Hierzu wurden u. a. bereits im Jahr 2014 ein Schulentwicklungskonzept und ein Schulbauprogramm mit einem Volumen von rund 160 Mio. EUR aufgelegt. Gegenwärtig bestehen in der Bildungsinfrastruktur noch immer investive Anforderungen in dreistelliger Millionenhöhe (252,86 Mio. EUR). Im Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Services Eigenbetrieb der LHP (KIS) der Jahre 2022 bis 2025 sind 219,9 Mio. EUR für Investitionen in Schulen und Sportstätten sowie 32,9 Mio. EUR für Investitionen in Kitas und Horte eingeplant.

Darüber hinaus steht die LHP vor weiteren Herausforderungen, wie z. B. der Erweiterung des Verwaltungscampus oder Investitionen in den ÖPNV – auch hierfür werden voraussichtlich jeweils dreistellige Millionenbeträge zu finanzieren sein. Zudem wird die Bewältigung der Klimafolgekosten die LHP vor große Aufgaben stellen. Unabhängig von den genannten Vorhaben sind die aus dem laufenden Betrieb der LHP resultierenden investiven Herausforderungen weiterhin zu bewältigen.

Es würde jedoch zu kurz greifen, die investive Betrachtung auf die Kernverwaltung zu beschränken. Die kommunalen Unternehmen und ihre wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls einzubeziehen.

Bezogen auf die zu leistenden Erneuerungs- und Ausbauinvestitionen der kommunalen Unternehmen kann beispielhaft auf die Leitungsnetze der Energie- und Wasser Potsdam GmbH (EWP) abgestellt werden. Die ProPotsdam GmbH als städtisches Wohnungsunternehmen ist gefordert, durch ein möglichst großes Wohnungsbauprogramm zur Entlastung des Wohnungsmarktes und insbesondere zur Sicherung des bezahlbaren und sozialen Wohnens in der LHP beizutragen. Auch das Klinikum „Ernst von Bergmann“ befindet sich in einem fortwährenden Transformationsprozess.

5.1.3 Projektziele

Auf Basis dieser komplexen Ausgangssituation soll eine 10-Jahres-Investitionsplanung in Anlehnung an kommunale Modelle wie bspw. Köln, Hannover und Nürnberg konzipiert, entwickelt und implementiert werden, um mit Hilfe einer über die kommunalrechtlich geforderte Mittelfristplanung hinausgehende Langfristplanung mehr Transparenz und Planungssicherheit zu erlangen. Ziel ist eine objektiviertere, transparente, robuste sowie langfristige Investitionsplanung in der LHP und den investitionsorientierten kommunalen Unternehmen. Über die Sicherung des Ist-Betriebs hinaus wird zugleich die Weiterentwicklung des im Projekt etablierten Prozesses angestrebt.

Die Umsetzung wird folgende Ergebnisse ermöglichen:

- Es erfolgt eine Installation transparenterer und robusterer Planungsprozesse.

- Ein „Bedarfs-Check“ zum konkreten Nutzen der geplanten Maßnahme wird eingeführt.
- Es wird möglich, die langfristigen Investitionen zu identifizieren und zu priorisieren, die von zentraler Bedeutung für die weitere erfolgreiche Entwicklung der LHP sind.
- Die langfristige Finanz- und Investitionsplanung wird inhaltlich an den gesamtstädtischen Zielen ausgerichtet.
- Es wird ein umfassender Ansatz etabliert, der organisch in die Standard-Planungsprozesse integriert ist und der eine Verknüpfung im Kernhaushalt von Investitionshaushalt und Ergebnisrechnung – unter Einbeziehung der Daten der Töchter und des Kommunalen Immobilien Services Eigenbetrieb der LHP (KIS) – ermöglicht.

Die Sicherung der dauerhaften und langfristigen finanziellen Leistungsfähigkeit der LHP gilt als der zentrale Aspekt einer Langfristigkeitsbetrachtung, einschließlich der Grundsatzfragen kommunaler Finanzierung und deren Entwicklung.

5.1.4 Projektinhalte

Aufbauorganisation

Zunächst werden die organisatorischen Voraussetzungen für die verwaltungsinterne Arbeitsfähigkeit des Fachbereiches Investitionen und Finanzplanung geschaffen, der das strategische Projekt federführend betreuen soll. Dies soll durch einen externen Dienstleister unterstützt werden.

Der Abschluss der Aufbauorganisation ist für das 1. Quartal 2023 geplant.

Betriebskonzeption

In einem nächsten Schritt schließt sich die Erarbeitung einer Betriebskonzeption an. Diese soll bis zum 3. Quartal 2023 vorliegen.

Implementierung

Letztendlich erfolgt die Integration der 10-Jahres-Investitionsplanung in die Haushaltsplanung und -bewirtschaftung der LHP. Der Betriebsstart ist erstmals in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2025/26 ab dem 1. Quartal 2024 vorgesehen.

5.1.5 Projektorganisation

Um in der ersten Projektphase ein zugleich schlankes und zügiges Arbeiten zu sichern, werden die Aufgaben der operativen Projektkoordination in einer Projektgruppe zusammengefasst.

Dieser Projektgruppe gehören an:

- Leitungsebene GB 1
- GS 103
- KIS (Werkleitung/Investitionscontrolling)
- Vertreter*innen Stadtwerke

5.1.6 Ressourcen

Im Projektzeitraum werden zunächst Personalkosten i. H. v. 280.000 EUR und Sachkosten i. H. v. 70.000 EUR jährlich veranschlagt. Hinzu kommen einmalige Sachkosten für externe Beratungen i. H. v. 100.000 EUR.

Mit Übergang in den regulären Betrieb erhöhen sich die Personalkosten durch Stellenneubesetzungen im FB 13 auf voraussichtlich 600.000 EUR.

5.2 Geschäftsbereich 2

5.2.1 Erarbeitung und Umsetzung eines kommunalen Medienentwicklungsplans

5.2.1.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die Wissensstadt - Potsdam ist eine Stadt der Bildung und des Wissens.
Gesamtstädtisches Ziel	Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur
Strategisches Ziel	Moderne Bildungsinfrastruktur
Strategisches Projekt	Erarbeitung und Umsetzung eines kommunalen Medienentwicklungsplans
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Geschäftsbereich 2 – Bildung, Kultur, Jugend und Sport
Projektleitung	Beigeordnete Noosha Aubel
Projektlaufzeit	01.01.2020 – 31.12.2024

5.2.1.2 Ausgangslage

Die fortschreitende Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche stellt eine zentrale strukturelle Herausforderung für die Bildung junger Menschen dar. Es ist eine der großen Zukunftsaufgaben, die Schülerinnen und Schüler in Deutschland umfassend auf die gesellschaftlichen Digitalisierungsprozesse vorzubereiten.

Mit milliardenschweren Paketen wie dem Digitalpakt Schule und den Folgeprogrammen sollen die Defizite in der Digitalisierung an deutschen Schulen beseitigt werden.

Insbesondere den kommunalen Schulträgern kommt eine große Verantwortung zu, die mit der Digitalisierung einhergehenden Entwicklungen an den Schulen entscheidend zu unterstützen. Denn die Schulträger sind verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu unterhalten.

Die Beschaffung der Ausstattung unter dem Primat der Pädagogik und ihr möglichst reibungsloser Betrieb unter den dynamischen Bedingungen ist für den Schulträger

herausfordernd. Neue Unterrichtsformen, wie das Distanzlernen, haben deutlich gezeigt, dass es unabdingbar ist, flexibel auf gesellschaftliche, technische und pädagogische Entwicklungen reagieren zu können.

Zu diesem Zweck wird ein kommunaler Medienentwicklungsplan (MEP) erstellt, der gleichermaßen die baulichen wie auch die technischen Maßnahmen verknüpft sowie deren Umsetzung vorgibt.

5.2.1.3 Projektziele

Der kommunale Medienentwicklungsplan soll enthalten:

- Eine mittelfristige Prozess- und Strukturplanung, die dem Schulträger, den Schulen und politisch Verantwortlichen Sicherheit hinsichtlich der Investitionsplanung für jede Schule über einen Zeitraum von 5 Jahren gibt
- Eine IT Konzeption, die eine gleichwertige Ausstattung der Schulen mit digitalen Lernmedien vorsieht
- Standards in Ausstattung, Support, Netztechnik

5.2.1.4 Projektinhalte

Das strategische Projekt gliedert sich in folgende Teilprojekte, die jeweils schulbezogen präzisiert werden:

Vorlage des MEP

Die Betrachtungen der Fortschritte/Ergebnisse aus der laufenden Aufgabe „Umsetzung DigitalPakt Schule“ werden sukzessive in die Erarbeitung des kommunalen Medienentwicklungsplans integriert. Ab 2023 soll der MEP das handlungsleitende Fundament für die Ergebnissteuerung der voranzutreibenden Digitalisierung in den Potsdamer Schulen bilden.

Standardmäßige Beschaffung der vorgesehenen Technik

Der Rollout im Kontext DigitalPakt Schule ist für den Zeitraum Q4/2022 bis Q2/2024 vorgesehen. Die Ergebnisse der inhaltlichen Betrachtungen des kommunalen MEP münden schließlich in einer anknüpfenden/fortführenden und noch vorzulegenden Beschaffung- und Rolloutplanung.

Durchführung der baulich/technischen Maßnahmen

Die Fertigstellung wird im Q4/2023 angestrebt.

5.2.1.5 Projektorganisation

Zur Projektorganisation wird eine Lenkungsgruppe aus folgenden, entscheidungsbefugten Mitgliedern gegründet:

- Vertreter GB 2
- Vertreter GB5/54
- Vertreter KIS

Für die operative Umsetzung wird eine Projektgruppe aus Vertretenden folgender Organisationseinheiten eingerichtet:

- 2301
- 235
- FB 54
- KIS

5.2.1.6 Ressourcen

Für die Erstellung des Medienentwicklungsplanes werden im Jahr 2022 zunächst 30 TEUR veranschlagt.

Im Rahmen der Umsetzung des Digitalpaktes werden investive Mittel in Höhe von ca. 5,2 Mio. EUR veranschlagt.

5.2.2 Umsetzung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung (IKSEP)

5.2.2.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die Wissensstadt - Potsdam ist eine Stadt der Bildung und des Wissens.
Gesamtstädtisches Ziel	Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur
Strategisches Ziel	Moderne Bildungsinfrastruktur
Strategisches Projekt	Umsetzung IKSEP
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Geschäftsbereich 2 – Bildung, Kultur, Jugend und Sport
Projektleitung	Beigeordnete Noosha Aubel
Projektlaufzeit	01.08.2021 – 01.08.2026

5.2.2.2 Ausgangslage

In der Vergangenheit erfolgten die Kitabedarfsplanung und die Schulentwicklungsplanung getrennt voneinander. Bereits aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt wurden die Grundschul- und die Hortplanung mit der Schulentwicklungsplanung 2009 bis 2015.

Darauf aufbauend wurde mit der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 erstmals die jährliche Fortschreibung der Kitabedarfsplanung sowie die Schulentwicklungsplanung in eine gemeinsame Fachplanung zusammengeführt und Schule und Kindertagesbetreuung vereint. Beide Fachplanungen basieren auf entsprechenden gesetzlichen Grundlagen.

Die Landeshauptstadt Potsdam als örtliche Trägerin der öffentlichen Jugendhilfe hat die Aufgabe, die Kindertagesbetreuung nach den §§ 1, 12 Kita-Gesetz des Landes Brandenburg zu gewährleisten. Dabei ist im Benehmen mit den Trägern der freien Jugendhilfe ein Bedarfsplan aufzustellen und rechtzeitig fortzuschreiben. Gemäß § 80 SGB VIII ist dabei Vorsorge zu treffen, dass auch unvorhergesehene Bedarfe gedeckt werden können.

Für die Schulentwicklungsplanung bildet das Brandenburgische Schulgesetz die Grundlage. Entsprechend § 102 (3) des Brandenburgischen Schulgesetzes ist die Schulentwicklungsplanung rechtzeitig vor Ablauf des Planungszeitraums fortzuschreiben.

Grundlage für beide Teilbereiche dieser Fachplanung ist zudem die Bevölkerungsprognose 2020 bis 2040. Im Ergebnis ist die quantitative Entwicklung der Einwohnerschaft der Landeshauptstadt Potsdam wie in den vorangegangenen Prognosen weiterhin positiv. Die Landeshauptstadt Potsdam wird entsprechend der aktuellen Prognose zukünftig weiterwachsen, jedoch mit einem etwas abgeschwächten Tempo im Vergleich zur zuletzt erstellten Bevölkerungsprognose mit dem Basisjahr 2016.

Im Jahr 2026 werden 195.724 Menschen, im Jahr 2030 203.000 Menschen und im Jahr 2035 circa 211.00 Menschen in Potsdam wohnen. Bis zum Jahr 2040 wird die Zahl der Bevölkerung voraussichtlich auf fast 218.000 Einwohner ansteigen. Das bedeutet eine Zunahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Jahr 2019 (180.503 Einwohner) um 8 % bis 2026, bis 2030 um ca. 12 % sowie bis 2035 um ca. 17 %.

In der Entwicklung der Kita- und Schülerzahlen spiegelt sich dieser Zuwachs – durch die Bevölkerungszunahme in den relevanten Altersgruppen – gleichermaßen wider.

5.2.2.3 Projektziele

Die mit dem Beschluss zur Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung (IKSEP) festgehaltenen Maßnahmen dienen zur Entwicklung der Kita- und Schullandschaft unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam. Ziel ist es, neben der ausreichenden Anzahl von Schulplätzen auch eine moderne Bildungsinfrastruktur bereitzustellen. Neben der Bedarfsgerechtigkeit sind Ressourcensparsamkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen sowie Verlässlichkeit für Schüler, Eltern und Schulpersonal prioritäre Ziele der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung.

Der gesetzliche Planungszeitraum umfasst die Jahre 2021 bis 2026. Das Planwerk berücksichtigt jedoch auch die langfristige Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam bis 2040 und benennt dazu entsprechende Maßnahmen.

5.2.2.4 Projektinhalte

Grundlage ist der Beschluss zur Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026, Drucksache 21/SVV/0518 in Ergänzung des Beschlusses zur Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026, Drucksache 21/SVV/1322.

Für den Doppelhaushalt 2023/2024 gliedern sich die Projektinhalte für a) den Kitabereich und b) den Schulbereich wie folgt:

a) Kommunale Kindertageseinrichtungen

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.09.2019, Drucksache 19/SVV/0916, wird die Landeshauptstadt Potsdam wieder Trägerin von Kindertageseinrichtungen (inkl. Hort) sein. Ziel ist, langfristig in jedem Sozialraum mindestens eine Kindertagesstätte, einen Hortstandort und eine Kindertagespflegestelle zu betreiben. Folgende Einrichtungen (von Nord nach Süd) plant die Landeshauptstadt Potsdam als kommunale Einrichtungen zu errichten.

Sozialraum I (Planungsraum 103); geplante Fertigstellung 2024

- Kn003: Neubau Kita/Hort; Krampnitz: Klinkerhöfe Nord, ehemaliges Kantinegebäude (K7/K8)

Sozialraum II (Planungsraum 201); geplante Fertigstellung 2023

- Kn008: Neubau Kita; Bornstedter Feld: westl. Georg-Hermann-Allee (Nordteil) (WA 1.1)

Sozialraum III (Planungsraum 303); geplante Fertigstellung 2024 bzw. später

- Kn015: Neubau Kita; Potsdamer Mitte: Burgstraße/Joliot-Curie-Straße

Sozialraum IV (Planungsraum 403); geplante Fertigstellung 2023/2024

- Kn017: Neubau Hort; Heinrich-George-Straße / Großbeerenstraße

Sozialraum V (Planungsraum 503); geplante Fertigstellung 2024 bzw. später

- Kn033: Neubau Kita; Kirchsteigfeld: Ricarda-Huch-Straße

Sozialraum VI (Planungsraum 603); Fertigstellungsdatum offen

- Kn037: Neubau Kita; Johannes-R.-Becher-Straße

b) Schulbauvorhaben aus der Schulentwicklungsplanung

Folgende Schulbauvorhaben (zeitlich chronologisch) plant die Landeshauptstadt Potsdam im Doppelhaushalt 2023/2024 zu starten bzw. umzusetzen.

- Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort am Standort Heinrich-Mann-Allee (43) mit Start in Modulanlage am Standort Heinrich-Mann-Allee zum Schuljahr 2021/2022
- Erweiterung der Regenbogenschule (7) in Fahrland auf drei Züge zum Schuljahr 2021/2022
- Erweiterung der Grundschule am Humboldtring (37) auf drei Züge zum Schuljahr 2023/2024
- Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort am Standort Babelsberg/Filmpark zum Schuljahr 2023/2024
- Neubau eines Gymnasiums am Standort Pappelallee (14) mit Start am Interimsstandort OSZ I (Jägerallee) zum Schuljahr 2022/2023
- Neubau einer dreizügigen Grundschule mit Hort am Standort Krampnitz (48) zum Schuljahr 2024/2025

Darüber hinaus sind weitere Schulbauvorhaben in der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung enthalten, deren Errichtung nach dem Doppelhaushalt 2023/2024 liegen. Zu nennen sind:

- Neubau einer Gesamtschule 6/3 am Standort Waldstadt Süd zum Schuljahr 2026/2027

- Ersatzneubau für die Schule am Nuthetal (10/30) am Standort Waldstadt Süd zum Schuljahr 2026/2027
- Neubau der Gesamtschule Schule am Schloss (28) am Standort Krampnitz zum Schuljahr 2027/2028; zusätzlich erfolgen im Vorfeld unter anderem Erweiterungsmaßnahmen am Interimsstandort Esplanade
- Neubau eines vierzügigen Gymnasiums am Standort Schlaatz (15) zum Schuljahr 2028/2029

Zusätzlich sind in der Planung weitere Maßnahmen und Sanierungsvorhaben enthalten. Zu nennen sind hier unter anderem:

- Planung zur Errichtung einer zusätzlichen Modulanlage für schulische Nutzung im Potsdamer Süden, welche als Ausweichobjekt für die Komplettsanierung von Schulstandorten genutzt werden kann
- Planung für die Komplettsanierung der Weidenhof-Grundschule (40) zeitlich auf die Errichtung des Sportforums Schlaatz abgestimmt sowie der Montessori-Oberschule (22)
- Planung zur Sanierung der Sportschule „Friedrich-Ludwig-Jahn“ (55) durch die ProPotsdam

5.2.2.5 Projektorganisation

Der Oberbürgermeister beauftragt den Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport mit der Leitung des Projekts.

Zur Projektgruppe gehören die Bereiche Stadtplanung, Verbindliche Bauleitplanung, Umwelt-Natur, die Geschäftsstelle Haushalt und der KIS. Bei Bedarf können weitere Bereiche hinzugezogen werden. Zusätzlich erfolgt eine enge Abstimmung und Verknüpfung mit dem Büro für integrierte städtische Planungen (401).

5.2.2.6 Ressourcen

Die erfolgreiche Umsetzung des Strategieprojektes integrierte Kita- und Schulentwicklungsplan 2021 bis 2026 hat unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt (3,1 Mio. € in 2023/2024) und den Investitionshaushalt (317 Mio.

€ gesamt). Für die jeweiligen Maßnahmen wird auf die finanziellen Auswirkungen in den auf den IKSEP aufbauenden Einzelbeschlussvorlagen zu den jeweiligen Maßnahmen verwiesen.

5.3 Geschäftsbereich 3

5.3.1 Bezahlbarer Wohnraum, Aufenthaltsqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Quartieren

5.3.1.1 Projektdaten

Leitbild	Die wachsende Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum.
Gesamtstädtisches Ziel	Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung, Vorausschauendes Flächenmanagement
Strategisches Ziel	Bezahlbarer Wohnraum, Aufenthaltsqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Quartieren
Strategisches Projekt	Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes: Potsdam Bonus, Soziale Erhaltungssatzungen, Koordinierungsstelle Wohnungstausch, Wohnungsmarktbeobachtung und eine neue Bodenpolitik (Satzung für eine aktive Bodenpolitik, Richtlinie zum Baulandmodell und Verkauf von städtischen Liegenschaften)
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Geschäftsbereich 3 – Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
Projektleitung	Beigeordnete Brigitte Meier
Projektlaufzeit	01.04.2020 – 31.12.2024

5.3.1.2 Ausgangslage

Trotz vorhandener Neubaupotentiale sowie intensiver Neubautätigkeit in den vergangenen Jahren hat sich die Situation der Wohnraumversorgung in Potsdam in den letzten Jahren nicht nachhaltig entspannt. Die Zahl der Wohnhaushalte wächst seit vielen Jahren stärker als die Zahl der neuen Wohnungen.

Sichtbar wird dieses Problem unter anderem in sehr niedrigen Leerstandsraten, einer geringen Fluktuation im Wohnungsbestand und daraus folgend auch einer hohen Anzahl an wohnungssuchenden Haushalten oder auch solchen, die gemessen an Wohnfläche und Anzahl der Wohnräume nicht bedarfsgerecht versorgt sind. Die Bevölkerungszusammensetzung hat ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf sich verändernde Wohnraumbedarfe. Der demographische Wandel sorgt dafür, dass insbesondere die Zahl der Haushalte mit älteren und hochbetagten Personen stark zunimmt und weiter zunehmen wird. Auch die Haushaltsgrößenstruktur verändert sich. Daraus ergeben sich veränderte Wohnbedarfe und eine kontinuierlich starke Wohnungsmarkanspannung.

5.3.1.3 Projektziele

Grundlegendes Ziel des Strategieprojektes „Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes“ ist es, durch in erster Linie marktregulative Maßnahmen der Kommune eine bessere Versorgung mit bedarfsgerechtem, bezahlbarem Wohnraum zu erreichen. Um das gesamtstädtische Ziel von bezahlbarem Wohnraum zu erreichen, sind diese Instrumente nötig. Dies ergibt sich aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum in Potsdam auf der einen Seite und der beschränkten Ressource noch bebaubarer Fläche und leerstehendem, verfügbarem Wohnraum andererseits. Ein Abbau dieser strukturellen Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage lässt sich durch die *Schaffung und Sicherung von Wohnraum* erreichen. Zentrales Instrument zur Sicherung der Bezahlbarkeit sind Mietpreis- und Belegungsbindungen.

Des Weiteren steht die *Generations- und Bedarfsgerechtigkeit* im Fokus des strategischen Projektes. Für Zielgruppen mit Marktzugangsschwierigkeiten, etwa Wohnungslose, seelisch oder psychisch Erkrankte oder Senioren, bestehen besondere Anforderungen an eine Wohnung. Für diese Zielgruppen ist die Bereitstellung geeigneter Wohnungsangebote und Wohnformen erforderlich.

Mit dem Strategieprojekt strebt die Landeshauptstadt Potsdam mittelbar folgende langfristigen Ziele an, wobei diese Werte als Orientierung über den Projektzeitraum hinaus zu betrachten sind:

- Erhöhung der Wohnraumversorgungsquote von aktuell 0,91 auf mindestens 0,95
- Erhöhung des Anteils an mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen auf mindestens zehn Prozent
- Bindung von mindestens fünf Prozent aller Wohnungen in einem Stadt- oder Ortsteil, um sozialräumlicher Segregation entgegenzuwirken
- Entstehung von 40 Prozent des jährlich neu geschaffenen Wohnraums für kleine und mittlere Einkommen
- Erhöhung des Anteils gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen am Potsdamer Wohnungsmarkt auf mindestens 40 Prozent
- Erhöhung des Anteils gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen am Wohnungsbestand in jedem Stadt- und Ortsteil auf mindestens zehn Prozent
- Errichtung bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraums für Haushalte mit besonderen Anforderungen an das Wohnen von jährlich mindestens zehn Prozent
- Sicherung einer sozial durchmischten Bevölkerungsstruktur in den Stadt- und Ortsteilen und Weiterentwicklung der Nachbarschafts- und Begegnungsarbeit

5.3.1.3 Projektinhalte

Die folgenden Teilprojekte sollen im Rahmen des Strategieprojektes „Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes“ maßgeblich umgesetzt werden:

Potsdam-Bonus

Die Konkurrenz um das knappe Wohnungsangebot, verbunden mit einer relativ niedrigen Fluktuation innerhalb des Potsdamer Wohnungsmarktes, gefährdet eine sozial gerechte Verteilung des Wohnraumes.

Im Sinne einer behutsamen und nachhaltigen Stadtentwicklung werden Lösungen benötigt, die sowohl eine kontinuierliche Ausweitung des bedarfsgerechten Wohnungsangebots ermöglichen als auch vorhandenen Wohnraum für diejenigen erschließen, die entsprechend ihrer Lebenslage eine größere oder kleinere Wohnung benötigen.

Hierfür wird die ProPotsdam beauftragt, eine Vermietungsrichtlinie für nicht belegungsgebundene Wohnungen zu entwickeln, mit der ein sogenannter „Potsdam Bonus“ in Form eines Zertifikats in die Vermietungspraxis der ProPotsdam eingeführt wird.

Es wird ein transparentes Verfahren entwickelt, das den Anspruchsgruppen, insbesondere langjährigen Einwohnerinnen und Einwohnern Potsdams, größere Erfolgchancen bei der Wohnungssuche ermöglicht. Dafür sollen stufenweise geeignete Kriterien und Nachweisführungen entwickelt werden und insbesondere folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Erreichen der gewünschten Steuerungswirkung
- Praktikabilität der Vermietungskriterien
- Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit des „Potsdam Bonus“ auf andere Vermieterinnen und Vermieter, auf die Vergabe städtischer Liegenschaften, das Potsdamer Baulandmodell und die Vergabe von Liegenschaften in städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

Im Zuge der Umsetzung soll auch geprüft werden, inwiefern Berufsgruppen der öffentlichen Daseinsvorsorge bei der Ausgestaltung der Kriterien Berücksichtigung finden.

Im Ergebnis einer so strukturierten Berichterstattung im 3. Quartal 2022 werden Empfehlungen über die Fortführung und Ausweitung des „Potsdam Bonus“ ausgesprochen. Diese dienen als Basis für eine Verstetigung und Ausweitung durch die Landeshauptstadt Potsdam in den Jahren 2023/24.

Soziale Erhaltungssatzungen

Zur Sicherung von bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum soll auf die Sicherung einer sozial durchmischten Bevölkerungsstruktur in den Stadt- und

Ortsteilen hingewirkt werden. Dazu sind der Aufbau und die kontinuierliche Fortschreibung eines kleinräumigen Monitorings der Bevölkerungsstruktur und des Wohnungsbestands erforderlich.

Mit diesem Monitoring werden insbesondere Grundlagen geschaffen, die Gefährdung schützenswerter Bevölkerungsstrukturen zu erfassen und Maßnahmen zu deren Schutz vorzubereiten. Darauf aufbauend können zur Aufstellung von sozialen Erhaltungssatzungen Aufstellungsbeschlüsse vorbereitet, vertiefende Untersuchungen vorgenommen und Satzungen aufgestellt werden.

Falls eine erste Erhaltungssatzung für die Teltower Vorstadt aufgestellt wird, sollen bis Ende 2024 für weitere Untersuchungsgebiete vertiefende Untersuchungen stattfinden.

Weiterentwicklung der Koordinierungsstelle Wohnungstausch

Um Wohnraum für Familienhaushalte im Bestand zu erschließen und das langfristige eigenständige Wohnen von Haushalten mit älteren Personen zu verbessern, fördert die LHP die Entwicklung von Beratungs- und Koordinierungslösungen zum Wohnungstausch und daran angelagerten Angeboten, die sich an die genannten Zielgruppen und ihre Lebenslagen richten. Hierfür wurde 2020 eine Koordinierungsstelle für Wohnungstausch eingerichtet. Die Entwicklung und Erprobung dieser Angebote soll im Jahr 2023 fortgesetzt und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen zu einer möglichen Verstetigung ab dem Jahr 2024 erarbeitet werden.

Wohnungsmarktbeobachtung

Die Verwaltung hatte im 2018 vorgelegten letzten Wohnungsmarktbericht (18/SVV/0129) darüber informiert, dass dieser zugunsten einer Berichterstattung zur kontinuierlichen Wohnungsmarktbeobachtung abgelöst wird. In der Vorlage hieß es: „Der Aufbau des vorliegenden Berichts greift letztmalig die Struktur der vorangegangenen Wohnungsmarktberichte auf. Zukünftig wird die Berichterstattung durch die kontinuierliche Wohnungsmarktbeobachtung der Landeshauptstadt Potsdam abgelöst werden.“

Nach der Umorganisation (Gründung FB 39) und der Bewältigung der Aufgaben im Rahmen der Corona-Pandemie und zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges, wird eine Form der Berichterstattung zur Wohnungsmarktbeobachtung anhand von

vergl. Indikatoren vorbereitet, so dass im Jahr 2023 eine kontinuierliche Berichterstattung erfolgen kann.

Neue Bodenpolitik

Bezahlbarer Boden ist wesentliche Voraussetzung für die Schaffung von bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum. Zentrale Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer Strategie zur aktiven Bodenpolitik. Wichtige Grundlagen sind derzeit in der Erarbeitung. Im Ergebnis sollen Bedarfe und Anforderungen an eine künftige Strategie erfasst und mögliche bau- und bodenrechtliche Instrumente sowie die zu ihrer Nutzung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen auf Landes- und Bundesebene identifiziert sein. Dabei stehen drei Instrumente im Fokus: Der Zwischenerwerb von Flächen im Rahmen der Weiterentwicklung des Potsdamer Baulandmodells, die Beteiligung am strategischen Flächenmanagement und die Aktualisierung der Leitlinie zur Grundstücksvergabe.

Im Potsdamer Baulandmodell besteht bereits die Zielstellung, dass bis zu 30 % der neu festgesetzten Wohnflächen in allen städtischen Bebauungsplanverfahren als mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum entsprechend den Regelungen der Landeswohnungsbauförderung Brandenburgs oder im mietpreisgedämpften Segment errichtet werden müssen. Aktuell wird geprüft, ob das Thema „Zwischenerwerb“ in das Baulandmodell integriert werden kann, um diese Zielquote in mehr Planverfahren in vollem Umfang umsetzen zu können. Geprüft wird dieser Ansatz im Rahmen eines Pilotprojektes an einer konkreten Fläche. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen nach heutigem Stand der SVV im Sommer 2022 vorgestellt werden. Zur Verstetigung dieses Ansatzes werden künftig ausreichende Finanzmittel für den Flächenerwerb benötigt, ebenso wie hinreichende Personalressourcen und Planungsmittel für die Entwicklung dieser Flächen.

Um dem Wachstum der Stadt vorausschauend besser begegnen zu können und – auch in Verbindung mit der o.g. Anpassung des Baulandmodells – einen Flächenvorrat auch für den Geschosswohnungsbau aufbauen zu können, läuft seit September 2021 eine Prüfung zur Entwicklung eines strategischen Flächenmanagements. Im Ergebnis dieser Untersuchung werden auf die Landeshauptstadt Potsdam zugeschnittene

Aussagen zur strategischen, organisatorischen und finanziellen Umsetzung eines solchen Ansatzes erwartet, etwa in Form eines „Bodenfonds“.

Diese können erst mit Vorliegen der Prüfergebnisse spezifiziert werden. Dies wird zum Beginn des 3. Quartals 2022 erwartet.

Zudem wird aktuell die Leitlinie Grundstücksvergabe zugunsten des Geschosswohnungsbaus fortgeschrieben. Vorgeschlagen wird darin nach aktuellem Arbeitsstand, dass Grundstücke, die sich für Geschosswohnungsbau eignen, künftig ausschließlich im Sinne des mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungsbaus genutzt werden und dafür entweder in das kommunale Eigentum der ProPotsdam übergehen oder per Konzeptvergabe an Akteure vergeben werden, die langfristig bezahlbares Wohnen sichern können (insb. durch Genossenschaften, Mietwohnorganisationen). Die Einbringung der Leitlinie in die SVV ist bis Ende des 2. Quartals 2022 vorgesehen. Mit Blick auf den Haushalt ist zu beachten, dass grundsätzlich auf die Grundstücksvergabe im Höchstgebotsverfahren verzichtet wird und dies zur Verringerung der Erträge führt.

Nach Abschluss aller vorbereitenden Prüfungen wird der Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit fristgerecht zur Haushaltsplanung 2023/24 die investiven, personellen und sachlichen Bedarfe zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen benennen, priorisieren und entsprechend untersetzen.

5.3.1.4 Projektorganisation

Die Projektgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Geschäftsbereiche 1, 3 und 4 sowie der ProPotsdam und dem KIS zusammen.

Der Fachbereich 39 richtet eine Geschäftsstelle ein, die für Koordination und Organisation der Projektarbeit zuständig ist. Das umfasst insbesondere das Monitoring der Arbeitsstände, ggf. die Anpassung von Zeit- und Maßnahmenplänen, das Reporting sowie die inhaltliche und organisatorische Vor- und Nachbereitung von Projektgruppensitzungen.

Zur fachlichen und politischen Begleitung soll das Bündnis für Bezahlbares Wohnen und Bauen hinzugezogen werden.

5.3.1.5 Ressourcen

Für in den Jahren 2021 und 2022 abgeschlossene bzw. begonnene Teilprojekte werden die erforderlichen Ressourcen im Doppelhaushalt 2023/2024 bereitgestellt.

Dazu zählt zunächst die o. g. Geschäftsstelle zur Gesamtkoordination des Projektes „Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes“. Hierfür sind im Stellenplan des Fachbereichs Wohnen, Arbeit und Integration 1,0 VZE zur Projektkoordination Soziales Wohnen einzurichten.

Weiterhin sind für den Vollzug der 2021 beschlossenen Zweckentfremdungsverbotssatzung im Stellenplan des Fachbereichs Wohnen, Arbeit und Integration 2,0 VZE einzurichten.

Für die erfolgreiche Umsetzung des Strategieprojektes „Schaffung von Instrumenten zur Steuerung des Potsdamer Wohnungsmarktes“ werden im angegebenen Projektzeitraum Sachkosten i. H. v. 100.000 EUR je Haushaltsjahr für externe vertiefende Untersuchungen zur Vorbereitung von sozialen Erhaltungssatzungen sowie für das Haushaltsjahr 2023 175.000 EUR für die Projektförderung der Koordinierungsstelle und für die Weiterentwicklung 100.000 EUR für das 2024 veranschlagt. Die Höhe der zu kalkulierenden investiven Mittel ist abhängig von den Ergebnissen der Teilprojekte zur Einbindung des Ziels „Bezahlbares Wohnen“ in eine neue Bodenpolitik und kann aktuell nicht abgeschätzt werden.

Hinzukommen je 50.000 EUR Sachkosten für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 zur Umsetzung des Teilprojektes Wohnungsmarktbeobachtung.

Es bedarf eines Stellenaufwuchses im Umfang von 7,0 VZE (einschließlich der oben erwähnten Stellen) für 2022, weitere 4,0 VZE für das Jahr 2023 und weitere 1,0 VZE für das Jahr 2024. Die Personalkosten werden entsprechend für das Jahr 2022 mit 328.000 EUR, für das Jahr 2023 mit 516.000 EUR und für das Jahr 2024 mit 563.000 EUR angesetzt.

5.3.2 Verbesserung der Alarmierung, Bevorratung und Planung des Katastrophenschutzes der LHP

5.3.2.1 Projektgrunddaten

Leitbild	Die wachsende Stadt
Gesamtstädtisches Ziel	Wachstum mit hoher Lebensqualität (behutsames Wachstum)
Strategisches Ziel	Attraktive Arbeitgeberin und bürgerfreundliche Dienstleisterin
Strategisches Projekt	Verbesserung der Alarmierung, Bevorratung und Planung des Katastrophenschutzes der LHP
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Geschäftsbereich 3 – Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
Projektleitung	Fachbereichsleiter Feuerwehr Ralf Krawinkel
Projektlaufzeit	24.02.2022 – 31.12.2031

5.3.2.2 Ausgangslage

Dass der Bevölkerungsschutz als staatliche Aufgabe auf allen Ebenen wieder eine größere Bedeutung erhalten muss, wird in den letzten Jahren immer deutlicher. Gefahrenlagen, wie zum Beispiel den in den letzten Jahren vermehrt auftretenden Sturm-, Starkregen- und Waldbrandereignissen in Deutschland bis hin zur weltweiten Corona-Pandemie, haben gezeigt, dass ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Hinzu kommt eine sich verändernde weltpolitische Sicherheitslage, die sich zunehmend im Land Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam bemerkbar macht. Neben der objektiven Bewertung der Situation hat nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinflusst.

Der Warntag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im letzten Jahr und in dramatischster Art die Ereignisse an der Ahr im letzten Sommer haben den dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Im Zivil- und Bevölkerungsschutz mangelt es teilweise an den grundlegenden Dingen. Es fehlen ausreichend Sirenen zur Warnung der Bevölkerung, Material für die Notunterbringung, Notstromaggregate und mobile Kommunikation für Sonderlagen, aber auch moderne Ausbildungsmöglichkeiten für die Helfer:innenstruktur.

5.3.2.3 Projektziele

Mit dem Projekt „Verbesserung der Alarmierung, Bevorratung und Planung des Katastrophenschutzes der LHP“ wird das Ziel verfolgt, die LHP im Sinne einer bürgernahen Dienstleisterin für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe des Katastrophenschutzes besser aufzustellen.

Die Katastrophenschutzstrukturen in Potsdam sollen schrittweise, jedoch zügig, auf einen modernen Stand gebracht werden.

Im Projektzeitraum sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Aufbau eines modernen Katastrophenschutzentrums mit einem Pandemie- und Katastrophenschutzlager, u. a. zur Bevorratung von Materialien zur Notunterbringung und Erstversorgung
- Bau neuer Feuerwachen im Westen und Norden der LHP gemäß Gefahrenabwehrbedarfsplan
- Verbesserung der Alarmierung der Bevölkerung durch Ausbau der Sirenenstandorte
- Erarbeitung eines an die neuen Erfordernisse angepassten Katastrophenschutzplans sowie einer aktualisierten Zivilen Alarmplanung
- Aufbau von Strukturen und Prozessen für eine moderne Ausbildung

5.3.2.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt „Verbesserung der Alarmierung, Bevorratung und Planung des Katastrophenschutzes der LHP“ setzt sich aus den folgenden Teilprojekten zusammen:

- Schaffung Katastrophenschutzzentrum mit -lager
- Aufbau einer Bevorratung (u. a. Nahrungsmittel, Feldbetten, Schutzmasken)
- Aufbau einer Helfer:innenstruktur im Bevölkerungsschutz
- Aufbau einer Sireneninfrastruktur
- Umsetzung Gefahrenabwehrbedarfsplan der Feuerwehr
- Anpassung Katastrophenschutzplan und Ziviler Alarmplan

Schaffung Katastrophenschutzzentrum mit -lager

Die letzten Lagen haben gezeigt, dass die Bevorratung zur Bewältigung von Katastrophen dringend angepasst werden muss und es für die Ausbildung von Helfenden im Katastrophenschutz besserer Bedingungen bedarf, um die Attraktivität für eine Mitwirkung im organisierten Katastrophenschutz wieder zu erhöhen. Dabei ist es sinnvoll, Synergieeffekte durch die Verzahnung mit Hilfsorganisationen zu schaffen. Die Landeshauptstadt beabsichtigt, sich in eine Liegenschaft des Deutschen Roten Kreuzes einzumieten und dort ein KatS-Zentrum mit Lager zu nutzen. Dafür soll das provisorisch in der alten Feuerwache Babelsberg (Am Stern) genutzte Gebäude aufgegeben werden, weil es die aktuellen technischen Vorgaben nicht erfüllt und den Raumbedarf bereits jetzt nicht mehr deckt. Geplant ist zukünftig am neuen Standort, Räume für Ausbildung, Fahrzeuge, Material und Bevorratung zusammenzufassen. Mögliche Synergieeffekte durch eine Anbindung der Freiwilligen Feuerwehr Drewitz an das Katastrophenschutzzentrum sind zu prüfen.

Ziel ist der Bezug bis zum Jahr 2025.

Aufbau einer Bevorratung

Die Bevorratung für die Bewältigung von Großschadenslagen wurde im selben Zeitraum, in dem auch andere Vorhaltungen (Schutzräume, Sirenen) nicht prioritär behandelt wurden, aufgelöst bzw. nicht wiederbeschafft. Dies führt dazu, dass für die Vorhaltung in einem Katastrophenschutzlager ein Beschaffungsprogramm benötigt wird.

In einem ersten Schritt soll für die Errichtung von Notunterkünften entsprechend der Empfehlung der „Konzeption Zivile Verteidigung“ des BBK ein Bestand von Feldbetten (inkl. Decken) für 1% der Bevölkerung der Landeshauptstadt Potsdam (2.000 Stück) beschafft werden.

Für mögliche Notunterkünfte sollen geeignete Objekte, inkl. unbebauter Flächen, für temporäre Ergänzungen definiert werden und mit Notstrom bzw. externer Einspeisung versehen werden. Für die Nutzung der Notstromkapazitäten soll eine ausreichende Lagerhaltung an Verbrauchsstoffen (Diesel) angelegt werden. Für die temporären Ergänzungen werden schrittweise geeignete, schnell zu errichtende, wetterfeste und einlagerbare Unterbringungen beschafft.

Für die Notunterkünfte wird eine Bevorratung von Nahrungsmitteln und Getränken bzw. vertragliche Bindung von Unternehmen geprüft und angelegt. Für Katastrophen, bei denen die Wasserversorgung gefährdet oder unterbrochen wird, bedarf es des Wiederaufbaus einer Vorhaltung für die Wasserversorgung. Dazu gehören die wiederkehrende Prüfung und Beprobung von Notbrunnen und der Aufbau einer ausreichenden Bevorratung von Wasserreinigungstabletten (Chlortabletten).

Geeignete Objekte sind im Rahmen des Katastrophenschutzplans zu erfassen. Bei Neubauten von Turnhallen, Bürgerhäusern oder ähnlichen ist verpflichtend eine Abstimmung mit der Unteren Katastrophenschutzbehörde zur möglichen Nutzung als Notunterkunft durchzuführen.

Mit ersten Maßnahmen wurde bereits begonnen. Darüber hinaus wird kontinuierlich an den Strukturen und Kapazitäten zur Bevorratung gearbeitet.

Die Beprobung und Prüfung der vorhandenen Notbrunnen erfolgt sofort nach zeitlichen Vorgaben der Unteren Katastrophenschutzbehörde. Innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgt der Aufbau eines Vorrates an Chlortabletten.

Recruiting von Helfer:innen im Bevölkerungsschutz

Die Pandemielage und die aktuell zweite Flüchtlingslage innerhalb weniger Jahre haben gezeigt, dass neben der Materialbevorratung vor allem eine größere Zahl an kurzfristig einsetzbaren Helfer:innen gewonnen und ausgebildet werden muss. Um auch bei langanhaltenden Lagen die Arbeitsfähigkeit aufrecht zu erhalten bzw. ausreichend Evakuierungshelfer:innen, Helfer:innen bei der technischen Rettung oder Wiederherstellung von kritischer Infrastruktur zur Verfügung zu haben, muss eine ehrenamtliche Helfer:innenstruktur in Abstimmung mit den Hilfsorganisationen gewonnen und ausgebildet werden.

Mit der Maßnahme wird im Jahr 2024 begonnen, sodass mit dem Einzug in das neue Katastrophenschutzzentrum weitere Helfende in die Gefahrenabwehr eingebunden werden können.

Warnung der Bevölkerung, Ausbau Sirennennetz

Nachdem früher vorhandene Sirenen zur Warnung der Bevölkerung auch in Potsdam zurückgebaut wurden, besteht hier ein erheblicher Reaktivierungsbedarf, der sich schon im Rahmen der Übungen im Zuge des Warntages des BBK gezeigt hat. Mit Mitteln des Förderprogrammes des Bundes ist geplant, die aktuell noch vorhandenen 17 Standorte, die sich jedoch vorrangig in den Ortsteilen konzentrieren, durch weitere Standorte im städtischen Kernbereich zu ergänzen. Dazu müssen die Fördermittel durch städtische Mittel ergänzt werden.

Über vorhandene Eigenmittel und Fördermaßnahmen des Bundes werden 20 Sirenen bis Ende 2023 neu errichtet. Für die Abdeckung des gesamten Stadtgebiets werden über eine zweite Ausbaustufe weitere 20 Sirenen benötigt. Ziel des Aufbaus ist bis Ende 2025 avisiert.

Umsetzung Gefahrenabwehrbedarfsplan der Feuerwehr

Der Gefahrenabwehrbedarfsplan wurde erstmalig 2016 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Damit hatten die Stadtverordneten der Gefahrenabwehr bereits einen höheren Stellenwert als in den Jahren davor eingeräumt. Nunmehr wird der Bedarfsplan fortgeschrieben auf das Bevölkerungswachstum und neue Bebauung sowie auf veränderte Gefahrenbewertungen hin abgeglichen. Der Plan soll der SVV am 04. Mai 2022 zur Beschlussfassung vorliegen und hat eine Laufzeit bis 2026. Er beinhaltet zusätzlich eine strategische Planung bis 2031. Die in ihm festgeschriebenen Maßnahmen müssen schrittweise in den kommenden Jahren in die Haushalte aufgenommen werden.

Anpassung der Planunterlagen für den Katastrophenschutz und die Zivile Alarmplanung

Die aktuellen Ereignisse, aber auch Katastrophen und Krisen der letzten Jahre, bedürfen einer Aufnahme in die für die Bewältigung von Sonderlagen notwendigen Planwerke. Hierzu müssen beispielsweise der Katastrophenschutzplan und die Planungen zum Schutz der KRITIS bearbeitet werden. Personell besteht zusätzlicher Bedarf an 2 VZÄ.

Die Zivile Alarmplanung sowie davon ausgehend die Schulung des Verwaltungsstabes und der Aufbau eines Monitorings und einer Risiko- und Krisenkommunikation müssen erarbeitet werden. Diese Aufgaben sollen durch das Kommunale Krisenmanagement (KKM) der LHP übernommen werden. Die Stabsstelle findet sich im GB 3 wieder. Die Aufgabe erfordert einen ersten Personalbedarf von 5 VZÄ.

5.3.2.5 Projektorganisation

Für die Umsetzung der Teilprojekte werden mit einer Projektverfügung im Fachbereich 37 in Verbindung mit dem Fachbereich 33 die Strukturen zur Umsetzung geschaffen. Die Leitung des Projektes wird Herrn Krawinkel übertragen. Ihm obliegt die Berichterstattung an den Oberbürgermeister. Diese enthält Aussagen zu Fortschritten im Gesamtprojekt sowie zu Finanzierungsfragen.

5.3.2.6 Ressourcen

Für die zwingend erforderlichen Maßnahmen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie der täglichen Gefahrenabwehr werden folgende Finanzmittel benötigt:

- 1. Umsetzung erfordert jährlich Finanzmittel im „Aufwand“ ab Maßnahmenbeginn**
(Kaltmiete KatS-Zentrum, Personalkosten)
 - 1.400.000 Euro

- 2. Umsetzung erfordert einmalig Finanzmittel im „Invest“**
(Sirenen, Feldbetten, Notbrunnen, Chlortabletten)
 - 1.200.000 Euro

- 3. Umsetzung Gefahrenabwehrbedarfsplan Feuerwehr bis 2031 „Invest und Aufwand“**
 - 112.000.000 Euro

5.4 Geschäftsbereich 4

5.4.1 Autoarme Innenstadt

5.4.1.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die lebendige Stadt - Potsdam ist eine ökologische Stadt, die sich für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz engagiert.
Gesamtstädtisches Ziel	Umweltgerechte Mobilität
Strategisches Ziel	Klimaschutz und umweltgerechte Mobilität
Strategisches Projekt	Autoarme Innenstadt
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	GB4 - Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt
Projektleitung	Beigeordneter Hr. Bernd Rubelt
Projektlaufzeit	01.01.2020 – 31.12.2024

5.4.1.2 Ausgangslage

Der mehrheitlich auf den Autoverkehr zugeschnittene innerstädtische Verkehrsraum soll besser für andere Nutzungsansprüche geöffnet werden. Durch die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) sollen sich die Bedingungen für andere Verkehrsteilnehmer und die Aufenthaltsqualität verbessern.

5.4.1.3 Projektziele

Die zu untersuchenden und umzusetzenden Maßnahmen zielen auf eine Förderung der nachhaltigen Mobilität und eine Steigerung der Aufenthaltsqualität ab.

Mit dem Strategieprojekt „Autoarme Innenstadt“ sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Ausführungsplanung und Vergabe von Bauleistungen für den Umbau der Friedrich-Ebert-Straße
- erweiterte Fußgängerzone Brandenburger Straße
- abgeschlossenes Gesamtkonzept und abgestimmtes Umsetzungsprogramm bestehend aus baulichen und verkehrsorganisatorischen Maßnahmen

5.4.1.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt „Autoarme Innenstadt“ umfasst folgende vier Maßnahmen:

- Umgestaltung Friedrich-Ebert-Straße
- Brandenburger Straße
- Grundlagen, Kommunikation und Beteiligung
- integrierte Planung "verkehrsberuhigte Innenstadt"

Die Umsetzung der Maßnahmen ist bis 31.12.2024 vorgesehen.

5.4.1.5 Projektorganisation

Zur Unterstützung der Projektleitung und Koordinierung der Projektgruppe wurde ein Koordinator eingesetzt. Die Projektgruppe besteht aus Beschäftigten der betroffenen Bereiche des Geschäftsbereichs 4.

5.4.1.6 Ressourcen

Für die erfolgreiche Umsetzung des Strategieprojektes „Autoarme Innenstadt“ werden im angegebenen Projektzeitraum investive Eigenmittel in Höhe von ca. 1,6 Mio. EUR veranschlagt. Diese Schätzung spiegelt den derzeitigen Planungsstand wider. Entsprechend des Planungsfortschrittes können weitere Eigenmittel erforderlich werden. Darüber hinaus sind aufgrund der derzeit, von der durchschnittlichen Preissteigerung z. T. entkoppelten, deutlich steigenden Preise für Bau- und Rohstoffe Kostensteigerungen zu erwarten.

5.4.2 Pendlerkorridore

5.4.2.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die wachsende Stadt - Potsdam ist eine Stadt, in der die Menschen vielfältig, umweltfreundlich und vernetzt mobil sein können.
Gesamtstädtisches Ziel	Umweltgerechte Mobilität
Strategisches Ziel	Klimaschutz und umweltgerechte Mobilität
Strategisches Projekt	Pendlerkorridore
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	GB4 - Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt
Projektleitung	Beigeordneter Hr. Bernd Rubelt
Projektlaufzeit	01.01.2022 – 15.12.2029

5.4.2.2 Ausgangslage

Im Projekt "Pendlerkorridore" sind verkehrliche Maßnahmen zusammengefasst, die maßgeblich dazu geeignet sind, die Umweltbeeinträchtigungen durch den Verkehr zu reduzieren. Dazu soll im Pendlerverkehr gezielt ein Modal Shift vom Kfz-Verkehr zum Umweltverbund bewirkt werden.

5.4.2.3 Projektziele

Für vier wesentliche Pendlerkorridore – die B 2 im Norden, die B 273 im Nordwesten, die B 1 im Südwesten und die L 40/L 78 im Osten – sollen wichtige ÖPNV, P+R und Radverkehrsmaßnahmen durchgeführt werden. Ziel ist es, die Alternativen zum Kfz-Verkehr zu stärken und den Kfz-Verkehrsanteil am Modal Split zu reduzieren.

Mit dem Strategieprojekt „Pendlerkorridore“ sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Beauftragung externer Dienstleister und Unternehmen zur Durchführung notwendiger Planungs- und Bauleistungen
- Änderung der Verkehrsmittelwahl der Pendelnden in den jeweiligen Korridoren

5.4.2.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt „Pendlerkorridore“ setzt sich aus den folgenden fünf Maßnahmen zusammen:

- Korridor Nord, Umsetzung bis: 15.12.2029
- Korridor Nordwest, Umsetzung bis: 30.06.2025
- Korridor Südwest, Umsetzung bis: 30.06.2023
- Korridor Ost, Umsetzung bis: 31.12.2029
- übergeordnete Maßnahmen, Umsetzung bis: 31.12.2025

5.4.2.5 Projektorganisation

Zur Unterstützung der Projektleitung und Koordinierung der Projektgruppe wurde ein Koordinator eingesetzt. Die Projektgruppe besteht aus Beschäftigten betroffener Bereiche des Geschäftsbereichs 4.

5.4.2.6 Ressourcen

Für die erfolgreiche Umsetzung des Strategieprojektes „Pendlerkorridore“ werden im angegebenen Projektzeitraum investive Eigenmittel in Höhe von ca. 78,1 Mio. EUR und Sachkosten in Höhe von ca. 22,7 Mio. EUR veranschlagt. Diese Schätzung spiegelt den derzeitigen Planungsstand wider. Entsprechend des Planungsfortschrittes können weitere Eigenmittel erforderlich werden. Darüber hinaus sind aufgrund der derzeit, von der durchschnittlichen Preissteigerung z.T. entkoppelten, deutlich steigenden Preise für Bau- und Rohstoffe Kostensteigerungen zu erwarten.

5.4.3 Umsetzung eines Radverkehrskonzeptes

5.4.3.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die wachsende Stadt - Potsdam ist eine Stadt, in der die Menschen vielfältig, umweltfreundlich und vernetzt mobil sein können.
Gesamtstädtisches Ziel	Umweltgerechte Mobilität
Strategisches Ziel	Klimaschutz und umweltgerechte Mobilität
Strategisches Projekt	Umsetzung Radverkehrskonzept
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	GB4 - Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt
Projektleitung	Beigeordneter Hr. Bernd Rubelt
Projektlaufzeit	01.01.2022 – 30.09.2027

5.4.3.2 Ausgangslage

Im Projekt "Umsetzung Radverkehrskonzept" sind Schlüsselmaßnahmen des Potsdamer Radverkehrskonzepts zusammengefasst, die maßgeblich dazu geeignet sind, die Bedingungen für den Radverkehr zu verbessern.

5.4.3.3 Projektziele

Ziel ist es, die Bedingungen für den Radverkehr in Potsdam zu verbessern und mehr Menschen für die Nutzung des Fahrrads auf ihren Wegen in Potsdam zu gewinnen. Dies soll u.a. durch den Ausbau der Infrastruktur sowie Serviceangebote, aber auch durch Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden.

Mit dem Strategieprojekt „Umsetzung Radverkehrskonzept“ sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Beauftragung externer Dienstleister und Unternehmen zur Durchführung notwendiger Planungs- und Bauleistungen
- Die bauliche oder verkehrsorganisatorische Umsetzung der Teilprojekte sowie für die Radschnellverbindungen den Abschluss der Genehmigungsplanung bis zum Jahr 2024

5.4.3.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt „Umsetzung Radverkehrskonzept“ setzt sich aus den folgenden vier Maßnahmen zusammen:

- Radschnellwege und Radvorrangrouten, Umsetzung bis: 30.09.2027
- Fahrradparken an Bahnhöfen, Umsetzung bis: 31.03.2026
- Erweiterungen des Radwegenetzes, Umsetzung bis: 31.12.2024
- Erhöhung der Verkehrssicherheit, Umsetzung bis: 31.12.2022

5.4.3.5 Projektorganisation

Zur Unterstützung der Projektleitung und Koordinierung der Projektgruppe wurde ein Koordinator eingesetzt. Die Projektgruppe besteht aus Beschäftigten betroffener Bereiche des Geschäftsbereichs 4.

5.4.3.6 Ressourcen

Für die erfolgreiche Umsetzung des Strategieprojektes "Umsetzung Radverkehrskonzept" werden im angegebenen Projektzeitraum investive Eigenmittel in Höhe von ca. 5,8 Mio. EUR und Sachkosten in Höhe von ca. 0,5 Mio. EUR veranschlagt. Diese Schätzung spiegelt den derzeitigen Planungsstand wider. Entsprechend des Planungsfortschrittes können weitere Eigenmittel erforderlich werden. Darüber hinaus sind aufgrund der derzeit, von der durchschnittlichen Preissteigerung z. T. entkoppelten, deutlich steigenden Preise für Bau- und Rohstoffe Kostensteigerungen zu erwarten.

5.4.4 Entwicklung Golm

5.4.4.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die produktive Stadt - Potsdam steht für ein lokales Handwerk und eine starke lokale Wirtschaft, die international vernetzt sind und die Nähe zur Wissenschaft nutzen. Die wachsende Stadt - Potsdam bekennt sich zum Wachstum der Stadt und gestaltet dieses nachhaltig.
Gesamtstädtisches Ziel	Vielseitiges Unternehmertum und Vorausschauendes Flächenmanagement
Strategisches Ziel	Attraktivierung Wirtschaftsstandort
Strategisches Projekt	Entwicklung Golm
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	GB4 - Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt
Projektleitung	Beigeordneter Hr. Bernd Rubelt
Projektlaufzeit	01.01.2022 – 31.12.2024

5.4.4.2 Ausgangslage

Im Rahmen einer integrierten Gesamtentwicklung soll der Potsdam Science Park zu einem internationalen Innovationsstandort weiterentwickelt werden. Hier sollen neue und zukunftsfähige Unternehmen, Produkte, und Arbeitsplätze entstehen. Ein Ort für neue Formen der Kooperation, Kollaboration und des Wissenstransfers. Ein Reallabor, in dem Innovationen entstehen und zugleich auch Anwendung finden. Mit der Schaffung eines solchen "Innovation Eco Systems" soll die Zukunftsfähigkeit der Stadt Potsdam gestärkt und gesichert werden. Durch das Vorhaben sollen nachhaltige Beschäftigungs-, Einkommens- und Steuereffekte realisiert werden. Des Weiteren soll die lokale wirtschaftliche Wertschöpfung erhöht sowie im Sinne und Pflicht einer kommunalen Daseinsvorsorge, mittel- bis langfristige Voraussetzungen für eine erfolgreiche und selbsttragende Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam geschaffen werden.

5.4.4.3 Projektziele

Ziel ist es, die Weiterentwicklung des Ortsteils Golm zu einem urbanen und innovativen Stadtteil voranzutreiben. Dabei gilt es, den Science Park und den Ortsteil Golm als eine Einheit zu verstehen und in einer gemeinsamen Entwicklung zusammenzuführen. Durch eine konsequente und mutige Umsetzung neuartiger Konzepte und Ideen (z.B. in den Bereichen Innovation, Architektur, Multicodierung, Nachhaltigkeit etc.) soll Golm zu einem Innovationsstandort weiterentwickelt werden, in dem soziale und technologische Neuerungen umgesetzt und erlebbar werden. Besondere Bedeutungen kommen dabei einer möglichen Norderweiterung, einer funktionalen Integration und Attraktivierung des alten Ortskerns sowie einer behutsamen Einbeziehung des umgebenden Landschaftsraumes zuteil.

Mit dem Strategieprojekt „Entwicklung Golm“ sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Die Weiterentwicklung Golms zu einem innovativen und urbanen Stadtquartier auf der Basis einer integrierten Zukunftsperspektive "Golm 2040"
- Mit der neuen "Neuen Mitte Golm" soll ein identitätsstiftender und urbaner Raum geschaffen werden, der unterschiedliche Nutzergruppen miteinander verbindet.
- Der Potsdam Science Park soll zu einem international wettbewerbsfähigen und attraktiven Innovationsstandort weiterentwickelt werden.
- Für eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Standortes sollen bereits heute langfristige Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden.

5.4.4.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt „Entwicklung Golm“ setzt sich aus den folgenden vier Maßnahmen zusammen:

- Planungsgrundlagen schaffen, Umsetzung bis 30.09.2023
- Baurecht schaffen, Umsetzung bis 30.09.2023
- Entwicklungsprojekte, Umsetzung bis 31.12.2024
- Umsetzungsprojekte, Umsetzung bis 31.12.2024

5.4.4.5 Projektorganisation

Zur Unterstützung der Projektleitung und Koordinierung der Projektgruppe wurde ein Koordinator eingesetzt. Die Projektgruppe besteht aus Beschäftigten betroffener Bereiche des Geschäftsbereichs 4.

5.4.4.6 Ressourcen

Für die erfolgreiche Umsetzung des Strategieprojektes „Entwicklung Golm“ werden im angegebenen Projektzeitraum investive Eigenmittel in Höhe von ca. 1,6 Mio. EUR und Sachkosten in Höhe von ca. 1,0 Mio. EUR veranschlagt. Des Weiteren werden Zuwendungen in Höhe von ca. 7,0 Mio. EUR für das Projektvorhaben eingeplant. Diese Schätzung spiegelt den derzeitigen Planungsstand wider. Entsprechend des Planungsfortschrittes können weitere Eigenmittel erforderlich werden. Darüber hinaus sind aufgrund der derzeit, von der durchschnittlichen Preissteigerung z.T. entkoppelten, deutlich steigenden Preise für Bau- und Rohstoffe Kostensteigerungen zu erwarten.

5.4.5 Lebendige Innenstadt

5.4.5.1 Projektgrunddaten

Bezug zum Leitbild	Die produktive Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten sowie einer vielfältigen Einzelhandelsstruktur. Die wachsende Stadt - Potsdam bekennt sich zum Wachstum der Stadt und gestaltet dieses nachhaltig.
Gesamtstädtisches Ziel	Vielseitiges Unternehmertum und Vorausschauendes Flächenmanagement
Strategisches Ziel	Attraktivierung Wirtschaftsstandort
Strategisches Projekt	Lebendige Innenstadt
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	GB4 - Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt
Projektleitung	Beigeordneter Hr. Bernd Rubelt
Projektlaufzeit	01.01.2021 – 31.12.2026

5.4.5.2 Ausgangslage

Die historische Potsdamer Innenstadt hat sich in den letzten 30 Jahren, insbesondere durch die liebevoll und aufwendig durchgeführten Sanierungsmaßnahmen, sehr positiv entwickelt. Um eine weiterhin positive Entwicklung der Innenstadt gewährleisten zu können, ist es mit dem Auslaufen der Sanierungssatzungen umso wichtiger, die Innenstadt weiterhin zukunftsgerecht aufzustellen und weiterzuentwickeln. Denn die Innenstadt hat für Potsdam eine bedeutende Rolle, dies gilt für den Einzelhandel, für den Tourismus und für die Bewohnerinnen und Bewohner Potsdams. Um die Attraktivität der Innenstadt zu erhalten und weiterzuentwickeln, müssen die Trends von morgen schon heute erkannt und daraus Lösungsstrategien abgeleitet werden. Dabei wird die Aufenthalts- und Erlebnisqualität in besonderem Maße auch weiterhin ein wesentlicher Erfolgsfaktor sein.

5.4.5.3 Projektziele

Mit dem Projekt soll erreicht werden, dass die Potsdamer Innenstadt für alle Bewohner und Gäste lebendig bleibt. Dazu soll ein klar abgegrenzter Stadtraum etabliert werden, dessen Straßenzüge, Quartiere und Höfe über ein individuelles Profil (USP) und Angebot verfügen und damit auch funktionale Anforderungen erfüllen. Sie ist ein Erlebnis- und Einkaufsort, an dem man sich gern treffen und aufhalten soll.

Ferner soll sich die Innenstadt durch hohe Aufenthaltsqualität, ein hohes Maß an Sauberkeit und eine ansprechende Gestaltung mit ausreichend Freiräumen zum Flanieren, Verweilen und Erleben auszeichnen.

Mit dem Strategieprojekt „Lebendige Innenstadt“ sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Ausarbeitung von strategischen Leitlinien zur künftigen Entwicklung der Innenstadt
- Ein beschlossenes Stadtentwicklungskonzept (STEK) Einzelhandel 2020 sowie eine daraus abgeleitete strategische und rechtssichere Bauleitplanung und zielgerichtete Einzelhandelsentwicklung
- Ein gestärktes und etabliertes Nachtleben
- Erfolgreicher Abschluss der Sanierungsvorhaben
- Eine beschlossene Sondernutzungssatzung
- Qualifizierte Veranstaltungen und Märkte in der Innenstadt, hier insbesondere der jährliche Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“ in der Brandenburger Straße

5.4.5.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt „Lebendige Innenstadt“ setzt sich aus den folgenden vier Teilprojekten zusammen:

- Entwicklungsstrategie Innenstadt, Erarbeitung und Umsetzung erster Maßnahmen bis 31.12.2024
- STEK Einzelhandel, projektbegleitende Umsetzung bis 31.12.2024
- Aufenthaltsqualität, Umsetzung bis 31.12.2026
- Veranstaltungen und Märkte qualifizieren, Umsetzung bis 31.12.2024

5.4.5.5 Projektorganisation

Zur Unterstützung der Projektleitung und Koordinierung der Projektgruppe wurde ein Koordinator eingesetzt. Die Projektgruppe besteht aus Beschäftigten betroffener Bereiche des Geschäftsbereichs 4.

5.4.5.6 Ressourcen

Für die erfolgreiche Umsetzung des Strategieprojektes „Lebendige Innenstadt“ werden im Teilprojekt „Entwicklungsstrategie Innenstadt“ und „STEK Einzelhandel“ Sachkosten in Höhe von ca. 130 TEUR beansprucht sowie für das Teilprojekt „Aufenthaltsqualität“ Kosten für Baumaßnahmen in Höhe von ca. 5,0 Mio. EUR veranschlagt. Diese Schätzung spiegelt den derzeitigen Planungsstand wider. Entsprechend des Planungsfortschrittes können weitere Eigenmittel erforderlich werden. Darüber hinaus sind aufgrund der derzeit, von der durchschnittlichen Preissteigerung z.T. entkoppelten, deutlich steigenden Preise für Bau- und Rohstoffe Kostensteigerungen zu erwarten.

5.4.6 Stadtteilentwicklung Krampnitz 5.000

5.4.6.1 Projektgrunddaten

Leitbild	Die wachsende Stadt - Potsdam bekennt sich zum Wachstum der Stadt und gestaltet dieses nachhaltig.
Gesamtstädtisches Ziel	Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung
Strategisches Ziel	Bezahlbarer Wohnraum, Aufenthaltsqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Quartieren
Strategisches Projekt	Stadtteilentwicklung Krampnitz 5.000
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Geschäftsbereich 4 – Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft
Projektleitung	Beigeordneter Bernd Rubelt
Projektlaufzeit	01.04.2020 – 31.12.2029

5.4.6.2 Ausgangslage

Im Norden der Landeshauptstadt Potsdam soll als letzte wesentliche Konversionsmaßnahme ein neuer Stadtteil mit bis zu 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern entstehen. Die LHP hatte sich im Jahr 2013 dazu entschlossen, diese Entwicklung im Rahmen einer Entwicklungsmaßnahme nach dem Baugesetzbuch durchzuführen. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 03. April 2019 den Masterplan als ersten Schritt der Konkretisierung für die ehemalige Kasernenanlage Krampnitz beschlossen.

Die Besiedlung von Krampnitz soll dabei in zwei Schritten erfolgen, wobei der zweite Abschnitt u. a. von einer noch nachzuweisenden Anbindung an das Tramnetz der Landeshauptstadt Potsdam abhängt. Ein Beginn der Besiedlung ist ab 2024 geplant.

5.4.6.3 Projektziele

Mit der Entwicklung von Krampnitz zu einem Stadtteil im Potsdamer Nordraum sind im ersten Schritt Krampnitz 5.000 folgende Ziele verbunden:

- die Schaffung ausgewogener Bewohnerstrukturen durch die Sanierung des Bestandes und die Bereitstellung von ergänzendem und bezahlbarem Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen, zunächst für bis zu 5.000 Einwohner:innen
- die bedarfsgerechte Bereitstellung von sozialer Infrastruktur parallel zum Wohnungsbau, hier zunächst die Errichtung einer Grund- und einer weiterführenden Schule mit 600 Schulplätzen sowie vier Kitas mit 500 Kita-Plätzen,
- die Schaffung eines ersten angemessenen Angebots an Handel und Dienstleistungen,
- die Sicherung einer vielfältigen, umweltgerechten und vernetzten Mobilität durch eine neue Verkehrserschließung des Potsdamer Nordens mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes, insbesondere durch einen Busvorlaufbetrieb zur Erschließung des Gebietes mit dem ÖPNV und der Vorbereitung der Erschließung mit der Tram
- die Realisierung einer CO₂-neutralen Wärmeversorgung durch moderne Energiekonzepte im Quartier
- genehmigungsfähiger Abschluss der vorbereitenden Maßnahmen für die Realisierung von Krampnitz 10.000

5.4.6.4 Projektinhalte

Die benannten Projektziele des strategischen Projekts Krampnitz 5.000 sollen insbesondere durch die folgenden Teilprojekte erreicht werden:

Schaffung neuer Wohnraum

Zur Bereitstellung neuen Wohnraums soll im Rahmen der Entwicklungsstufe Krampnitz 5.000 im Bereich der denkmalgeschützten Bestandsgebäude der ehem. Kasernenanlage, des Bergviertels sowie im südlichen Alleenring der bestehende Gebäudebestand saniert und Wohnungsneubau geschaffen werden. Ein Beginn der Besiedlung ist für 2024 geplant.

Angemessenes Angebot an Handel und Dienstleistungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze

Zur Schaffung eines angemessenen Angebots an Handel und Dienstleistungen, sollen bei Einzug der ersten Bewohner 2024 auch erste Gewerbe- und

Einzelhandelseinrichtungen einziehen und somit auch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Bedarfsgerechte Bereitstellung sozialer Infrastruktur

Für die bedarfsgerechte Bereitstellung sozialer Infrastruktur sollen unter Einbeziehung von zwei denkmalgeschützten Bestandsgebäuden eine 3-zügige Grundschule mit Hort und Zweifach-Sporthalle und eine Kita sowie Außensport-, Spiel- und Freiflächen errichtet werden. Fertigstellung und Inbetriebnahme sind im Jahr 2024 mit Einzug der ersten Bewohnerinnen und Bewohner in Krampnitz. Bis 2027 folgen eine weiterführende Schule sowie weitere Kitas.

Verkehrerschließung Nord

Zur Sicherung einer vielfältigen, umweltgerechten und vernetzten Mobilität durch eine neue Verkehrerschließung des Potsdamer Nordens werden insbesondere die folgenden Maßnahmen angestrebt:

- Fertigstellung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung durch die ViP mit dem Ziel des Planfeststellungsbeschlusses
- Umsetzung des beschlossenen ÖPNV-Pakets Krampnitz 5.000 (u. a. Etablierung Busvorlaufbetrieb, Anschaffung zusätzlicher Straßenbahnen, zweigleisiger Ausbau der Strecke an der Nedlitzer Straße)
- Abschluss der Genehmigungsplanung des Radschnellwegs

Versorgung und Erschließung

Gemäß dem Energiekonzept für Krampnitz (18/SVV/0607) sollte die Versorgung des neuen Stadtteils CO₂-neutral erfolgen. Vor dem Hintergrund veränderter Förderbedingungen und der erst 2024 einsetzenden Besiedlung muss das 2018 erstellte Energiekonzept für Krampnitz (18/SVV/0607) angepasst werden. Um das Quartier ab 2024 mit Wärme zu versorgen, wird die Krampnitz Energie GmbH (KE) deshalb in der ersten Ansiedlungsphase die Wärmeerzeugung mittels modularer Wärmeerzeugungsanlagen sicherstellen, die in der Endausbaustufe CO₂-Neutralität gewährleisten. Parallel wurden die Vorbereitungen zur Nutzung der Geothermie intensiviert. Eine Nutzung von Abwasserwärme und Solarthermie ist weiterhin vorgesehen.

Bauleitplanung und Städtebau

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 5. Juni 2013 die Satzung für den Entwicklungsbereich Krampnitz beschlossen (DS 13/SVV/0253). In einem Entwicklungsbereich sind gemäß § 166 Abs. 1 BauGB Bebauungspläne aufzustellen, um die Entwicklungsziele durch die verbindliche Bauleitplanung bauplanungsrechtlich zu sichern. Daher befinden sich derzeit 10 Teil-Bebauungsplanverfahren in Bearbeitung. Grundlage der Bebauungspläne ist die am 3. April 2019 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Masterplanung (19/SVV/0205).

5.4.6.5 Projektorganisation

Die Entwicklung von Krampnitz wird im Wesentlichen durch vier Projektpartner geleistet:

- die Stadtverwaltung
- die Entwicklungsträger Potsdam GmbH
- der Verkehrsbetrieb in Potsdam (VIP) GmbH
- die Stadtwerke Potsdam GmbH

Für die Projektorganisation wurde mit Verfügung des Oberbürgermeisters vom 16.08.2019 eine konzernweite Projektstruktur unter Leitung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt eingesetzt.

5.4.6.6 Ressourcen

Die Projektpartner finanzieren sich aus unterschiedlichen Quellen, die auch in Abhängigkeit zueinanderstehen, und tragen mit ihren Budgets zur Finanzierung der Stadtteilentwicklung bei. Die Projektpartner sind für die Umsetzung ihrer Leistungen verantwortlich, verstehen sich aber als Säulen des gemeinsam getragenen Gesamtprojektes.

Für die Umsetzung des Strategieprojektes „Stadtteilentwicklung Krampnitz 5.000“ werden vorsorglich im Haushaltsplan 2023/24 Kosten für die Entwicklungsmaßnahme von 300.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Für die Handlungsfähigkeit des Entwicklungsträgers ist die Bestätigung seines jährlichen Kreditrahmens notwendig.

Kosten der Verkehrserschließung Nord sind im strategischen Projekt „Pendlerkorridore“ berücksichtigt.

5.5 Geschäftsbereich 5

5.5.1 Projektgrunddaten

Leitbild	Die innovative Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit bürgernaher, effizienter und moderner Verwaltung.
Gesamtstädtisches Ziel	Digitales Potsdam
Strategisches Ziel	Attraktive Arbeitgeberin und bürgerfreundliche Dienstleisterin
Strategisches Projekt	Schaffung eines modernen Verwaltungscampus
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Geschäftsbereich 5 – Zentrale Verwaltung
Projektleitung	Dezernent Dieter Jetschmanegg
Projektlaufzeit	24.02.2020 – 31.12.32

5.5.2 Ausgangslage

Traditionell ist der Verwaltungscampus in der Innenstadt Sitz der Kernverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam. Die Aufgabe der Bürocontainer I und II im Jahr 2013, die 2016 begonnenen Sanierungsarbeiten im Rathaus sowie der Personalaufwuchs der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass große Teile der Verwaltung (ca. 600 MA) in angemieteten Objekten, u. a. Palais Lichtenau, Helene-Lange-Straße, Hauptbahnhof, Behlertstraße, untergebracht sind.

Auch in den kommenden Jahren können die wachsenden Bedarfe an zusätzlichen Arbeitsplätzen nur durch Fremdanmietungen gedeckt werden. Diese zunehmende Verteilung von Verwaltungseinheiten im Stadtgebiet bringt durch teils große Entfernungen viele Nachteile mit sich.

Hinzu kommt, dass viele der Gebäude, insbesondere auf dem Verwaltungscampus, bauliche und funktionale Defizite aufweisen und nicht den Anforderungen an eine moderne, bürger- und mitarbeiterfreundliche Verwaltung entsprechen.

5.5.3 Projektziele

Mit dem Projekt „Schaffung eines modernen Verwaltungscampus“ wird das Ziel verfolgt, die LHP als attraktive Arbeitgeberin und bürgernahe Dienstleisterin zukunftsorientiert aufzustellen.

Das bedeutet insbesondere, einen modernen, attraktiven und nachhaltigen Arbeitsort zu bauen und zu betreiben, der in seiner baulichen Struktur allen Anforderungen an Funktionalität, Umwelt, Klima und Baukultur gerecht wird. Hierzu zählt auch die Schaffung moderner Archiv- und Depotflächen.

Im Projektzeitraum sollen folgende Ziele erreicht werden

- Planung eines modernen, funktionalen, bedarfsgerechten und effizienten Service- und Dienstleistungsstandortes
- Entwicklung des neuen Verwaltungsstandortes bzw. Umgestaltung des bisherigen Campus sowie Entwicklung eines Zweitstandortes in beispielgebender Weise nach den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens
- Planung eines Standortes für die Archiv- und Depotflächen
- größtmögliche Aufgabe von Fremdanmietungen und Konzentration der Verwaltung
- Einklang mit Schulstandortplanung und Wohnungsbau
- Einklang mit Städtebau und Baurecht
- Schaffung von modernen und attraktiven Arbeitsplätzen für die Beschäftigten
- Einklang mit der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit der LHP

5.5.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt „Schaffung eines modernen Verwaltungscampus“ setzt sich aus den folgenden zwei Teilprojekten zusammen:

Campus Innenstadt und Campus Heinrich-Mann-Allee bauen

Im Ergebnis von Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hat sich unter Hinzuziehung der Kriterien Bürgerfreundlichkeit, Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Nutzwertbetrachtung der weitgehende Erhalt, die Modernisierung und Erweiterung des Campus in der Innenstadt in Kombination mit

einem Ergänzungsstandort an der Heinrich-Mann-Allee als Vorzugsvariante herausgestellt.

Der Innenstadt-Campus bleibt mit 1.500 Arbeitsplätzen auch künftig der Hauptstandort. Der zweite Standort soll auf dem Alten Tramdepot in der Heinrich-Mann-Allee entstehen und Platz für mindestens 500 Arbeitsplätze bieten. Damit wird es gelingen, an beiden Standorten Flächenkonflikte mit anderen Nutzungsarten zu vermeiden und dabei gleichzeitig zentrale Standorte für die Verwaltung zu schaffen.

Avisiertes Teilprojektende ist 2032.

Bis zum 31.12.2024 ist folgender Umsetzungsstand im Teilprojekt geplant:

- Erarbeitung Vorzugsvariante der Funktionsverteilung auf die beiden Standorte
- Abschluss des Refinanzierungskonzeptes
- Abschluss des Raum- und Funktionsprogramms
- Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs
- Baubeginn des Standorts an der Heinrich-Mann-Allee

Archiv- und Depotflächen bauen

Der Bau von Archiv- und Depotflächen dient der langfristigen Sicherung einer bedarfs- und fachgerechten Depotausstattung für alle Archiv und Depotangelegenheiten sowie der zentralen Unterbringung der Archivalien des Stadtarchivs, der Stadt- und Landesbibliothek sowie der Kulturgüter der Museen und der Denkmalpflege.

Avisiertes Teilprojektende ist 2032.

Bis zum 31.12.2024 ist folgender Umsetzungsstand im Strategieprojekt geplant:

- Flächenerwerb der Archiv- und Depotflächen erfolgt
- Schaffung temporärer Depots für das Potsdam Museum und das Naturkundemuseum
- Planung Bauabschnitte

5.5.5 Projektorganisation

Für die Teilprojekte „Campus Innenstadt und Campus Heinrich-Mann-Allee“ und „Archiv- und Depotflächen bauen“ wurden bereits Projektverfügungen unterzeichnet. Im Rahmen der Etablierung eines Projektportfoliomanagements (PPM) im GB 5 werden diese beiden Teilprojekte nun zusammengeführt und über das PPM gesteuert.

Die Leitung des Projektes wird Herrn Dieter Jetschmanegg, Dezernent Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, übertragen. Ihm obliegt die Berichterstattung gegenüber dem Oberbürgermeister.

Die regelmäßige Berichterstattung enthält Aussagen zu organisatorischen Maßnahmen, konzeptionellen Überlegungen, Fortschritten im Gesamtprojekt sowie zu Finanzierungsfragen.

5.5.6 Ressourcen

Zur Umsetzung des strategischen Projektes werden sowohl investive als auch Sachmittel veranschlagt.

Im Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit Stand September 2021 liegt der investive Bedarf für die Verwaltungsstandorte bei ca. 84,5 Millionen Euro. Der Investitionsbedarf für den Neubau von Archiv- und Depotflächen wird auf Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung von 2018 - präzisiert anhand der aktueller Bedarfszahlen - mit rund 32,4 Millionen Euro kalkuliert.

Zusätzlich werden für einen Mietzeitraum von 25 Jahren Mietkosten in Höhe von 71 Millionen Euro für den Campus Heinrich-Mann-Allee veranschlagt.

5.6 Geschäftsbereich 9

5.6.1 Projektgrunddaten

Leitbild	Die innovative Stadt - Potsdam ist eine Stadt mit bürgernaher, effizienter und moderner Verwaltung.
Gesamtstädtisches Ziel	Digitales Potsdam
Strategisches Ziel	Attraktivierung der Landeshauptstadt Potsdam als und die LHP als bürgernahe Dienstleisterin und attraktive Arbeitgeberin
Strategisches Projekt	Smart City Potsdam - Innovativ. Grün. Gerecht.
Auftraggeber	Oberbürgermeister
Auftragnehmer	Oberbürgermeister
Projektleitung	Oberbürgermeister Mike Schubert Smart-City Manager
Projektlaufzeit	24.02.2020 – 31.12.2024

5.6.2 Ausgangslage

Mit Beschluss vom 08.05.2019 (17/SVV/0254) wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die Entwicklung eines Smart-City-Konzepts für die Landeshauptstadt Potsdam und die Möglichkeit einer Bewerbung beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) im Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ zu prüfen.

Im Ergebnis wurde den Stadtverordneten eine Teilnahme am Förderprogramm empfohlen. Am 03.03.2021 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen (21/SVV/0228), eine Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam zu erarbeiten. Mit dem Beschluss wurden die Eigenmittel in Höhe von maximal 6.125.000,00 EUR als notwendige Kofinanzierung der beantragten Bundesförderung sichergestellt.

Die Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam wurde am 14.03.2021 beim BMI fristgerecht eingereicht.

Die Landeshauptstadt Potsdam wurde am 15.07.21 durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat über ihre erfolgreiche Bewerbung bei den Modellprojekten Smart Cities informiert. Am 16.09.21 endete die Auswahlphase durch ein

Qualifizierungsgespräch mit Fachjuroren und Vertreter:innen des BMI. Nach dem Auswahlverfahren begann die formelle Antragsphase für die Förderung bei der KfW.

Die Antragstellung der Landeshauptstadt erfolgte fristgerecht und wurde am 12.11.2021 durch die Zuschusszusagen der KfW abgeschlossen.

Parallel wird die operative und verwaltungstechnische Projektumsetzung vorbereitet. Das Projekt ist in die Haushalts- und Stellenplanung aufgenommen. Zurzeit werden die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Smart City ab 2022 im Bereich 913 (Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung) geschaffen.

Das Projektteam stimmt sich zu Fragenstellungen der Projektumsetzung mit anderen Modellkommunen ab und erschließt sich seit der Aufnahme in das Förderprogramm ein deutschlandweites Netzwerk. Außerdem beteiligt sich die Landeshauptstadt an den Koordinierungs- und Transferbemühungen des Bundes sowie am Netzwerkaufbau der Smart-City-Modellkommunen der Digital Agentur Brandenburg (DABB).

5.6.3 Projektziele

Potsdam ist eine tolerante Stadt der Wissenschaft, Kultur und Natur. Die Region ist kreativ, wächst und zieht viele Menschen an. Zugleich steigt mit dem Erfolg die Ungleichheit in der Stadt: Verdrängung und sozioökonomische Entkopplung der Quartiere bedrohen den Zusammenhalt. Der Bauboom verschärft Flächen- und Nutzungskonflikte.

Der Klimastress wird für Ökologie und Mensch spürbar. Eine beteiligungserprobte Stadt kann den Problemdruck in eine sozialökologische Transformation verwandeln, wenn Entwicklungspfade sichtbar, der Mehrwert von Technik erlebbar und Lösungen im Stadtraum umgesetzt werden.

Das Projekt SMART City bedient sich bei der zu erarbeitenden und umzusetzenden Smart-City-Strategie zur digitalen Transformation weiterer vorhandener Planwerke oder baut auf ihnen auf. Diese sind u. a:

- Potsdamer Leitbild (2016)
- Gesamtstädtische Ziele (2018)
- INSEK 2035 (in Arbeit)
- Masterplan 100% Klimaschutz (2017)
- IEK & Partizipationskonzept Am Schlaatz (2019-2020)

Hieraus ergeben sich auch wesentliche Zielvorgaben. So wurde bereits in der Bewerbung gegenüber dem Auslober BMI und KfW der Bezug zum gesamtstädtischen Ziel Digitales Potsdam aufgemacht. Bereits dort wurde verankert, dass sich die LHP unter Nutzung organisationsübergreifender Synergien mit den kommunalen Unternehmen und der Stadtgesellschaft im Sinne der Smart City vernetzen will.

5.6.4 Projektinhalte

Das Strategieprojekt setzt sich aus zwei Teilprojekten zusammen:

Phase A - Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und erster Investitionen

Eine Kernaufgabe des Projekts im Zeitraum bis zum Frühjahr 2023 wird die Erarbeitung einer Smart City Strategie für die Landeshauptstadt Potsdam sein. Die zu erarbeitende Strategie beachtet die Leitlinien und Handlungsempfehlungen der Smart City Charta. Insbesondere sind die fach- und sektorübergreifenden Wirkungen, Chancen und Risiken der Digitalisierung und deren Wirkung im Raum zu behandeln. Dabei sind auch besonders Fragen nach dem Betrieb und Unterhalt der kommunalen Daseinsvorsorge und der Gewährleistung umfassender und selbstbestimmter Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben durch barrierefreie digitale und analoge Angebote und kommunale Datengovernance zu behandeln.

Des Weiteren sollen die folgenden Maßnahmen im Laufe des Jahres 2022 parallel angestoßen werden:

Digitales Tool zur Bürgerbefragung und Votierung

Wie bereits in anderen Smart-City Kommunen (z. B. Consul in Bad Belzig) soll ein digitales Tool zur Bürgerbefragung genutzt werden, um die Wohnungs- und Quartiersqualität im Schlaatz im Hinblick auf spätere Umsetzungsmaßnahmen abzufragen. Ergebnisse und Ideen aus der Befragung sollen ausgewertet und

visualisiert werden, so dass sie den Bürgerinnen und Bürgern wieder als Dialoggrundlage dienen können. Die Pilotierung des digitalen Befragungstools findet im Schlaatz statt. Anschließend soll es in der gesamten Stadt eingesetzt werden. Das Tool ist universell einsetzbar. Potsdam als bürgerorientierte Stadt profitiert von Ideen und dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger zur Umsetzung innovativer, gerechter und nachhaltiger Projekte.

Strategie und Beteiligungsformate des Potsdam Lab

In Kooperation mit proWissen e. V. und dem HPI wird ein Ort für Bürgerinnen und Bürger geschaffen, um zielgruppengerechte Beteiligungsformate umzusetzen. Die Verknüpfung von proWissen e. V. und der WerkStadt für Beteiligung sichert Schnittmengen für die Stadtentwicklung. Die strukturelle und inhaltliche Planung sowie die Definition möglicher Veranstaltungs- und Beteiligungsformate sind im ersten Jahr geplant. Das erste Projekt widmet sich dem Quartier Schlaatz, wo Auswirkungen von Corona in besonderen Maßen zu erwarten sind. Die Initiativen des „Zukunftslabor Schlaatz 2030“ werden integriert. Das Potsdam Lab soll breit im Stadtraum verankert Akteure verbinden, um Lösungen bedarfsgerecht und nachhaltig zu erarbeiten. Bei der Pilotierung im Rahmen der Quartiersentwicklung im Schlaatz wird erwartet, dass dadurch sowohl im sozialen Miteinander (analog) als auch in neuen Räumen (digital) eine Unterstützung der Interaktion entsteht.

Kommunale Infrastruktur LoRaWAN, nutzbar für alle

Das Netzwerk soll Innovationen in der Ver- und Entsorgung, im Verkehr, im öffentlichen Raum sowie Bürger:innenprojekte ermöglichen. Das LoRaWAN-Netz verknüpft sich mit den Umsetzungsmaßnahmen. Informationen (u. a. Umweltdaten) werden durch zu installierende Sensoren bereitgestellt, mit lokalen Akteuren analysiert und ausgewertet, z. B. zur Neudefinition von Plätzen und Quartieren. Die Maßnahme zielt auf die Gesamtstadt. Es ist eine flächendeckende Infrastruktur geplant, die durch Sensoren verschiedenster Akteure genutzt werden kann. Durch das flächendeckende kommunale Netz werden ineffiziente Parallelstrukturen vermieden und Know-How aufgebaut. Neue Anwendungsfälle werden mit Bürger*innen entwickelt. Verschiedene Services zur Erhöhung der Lebensqualität werden angeboten. Durch Anwendungsfälle großer kommunaler Unternehmen (u. a. SWP, STEP, EWP, ProPotsdam) in Energieversorgung und Wohnungswirtschaft wird das Netz zügig gesamtstädtisch genutzt und langfristig verankert.

Partizipative Systemmodellierung (PaSyMo)

Ein digitaler interaktiver Präsentationstisch zeigt, basierend auf Simulationsmodellen des Quartiers, komplexe Zusammenhänge in der Quartiersentwicklung im Schlaatz. Bürger:innen können so bspw. mögliche Entwicklungsszenarien interaktiv vor Ort im Quartiersbüro vermittelt werden. Die Modelle bauen auf eine existierende Simulation des Schlaatz auf und integrieren Daten des Planungsdashboards. Das Simulationsmodell bezieht sich aktuell auf das Quartier Schlaatz und angrenzende Gebiete. Erweiterung auf die Gesamtstadt ist geplant. Die Maßnahme dient der Einbindung von Projektbeteiligten und ihrer Expertise, der Vermittlung und Kommunikation komplexer Sachverhalte im Rahmen der Quartiersentwicklung sowie der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses der Prozesse und zielt so auf eine inklusive Beteiligung ab. PaSyMo kann sowohl langfristig, als interaktive Schnittstelle vor Ort im Rahmen des Klimadashboards betreut werden, als auch den Ausgangspunkt für weiterführende Studienprojekte der FH Potsdam bilden.

Urbane Datenplattform Potsdam

Die urbane Datenplattform ist die Basisinfrastruktur für den Datenaustausch in der LHP und auf regionaler Ebene. Per Definition soll die Plattform in ganz Potsdam zum Einsatz kommen. Ziel ist die Entwicklung einer ganzheitlichen Datenplattform, die es LHP, SWP, kommunalen und privaten Unternehmen ermöglicht, neue bürgerzentrierte Dienstleistungen und eine verbesserte Stadtplanung anzubieten.

Zahlreiche Maßnahmen des Smart City Projekts werden durch die urbane Datenplattform erst ermöglicht – sie fungiert als Basisinfrastruktur.

Phase B - Umsetzung der Ziele, Strategien und Maßnahmen

Nach Abschluss der Strategieerarbeitungsphase soll mit der Umsetzung weiterer Maßnahmen, die sich aus der Strategie ableiten lassen, im Laufe des Jahres 2023 begonnen werden. Derzeit sind insbesondere die folgenden Maßnahmen im Fokus:

Aktionsraum Bahnhof

Durch die Neudefinition und Umgestaltung öffentlicher Räume rund um den Bahnhof soll ein Ort für Bürger:innen geschaffen werden, um Räume wiederzubeleben und das Bahnhofsumfeld mit den Quartieren zu verbinden. Verknüpft mit den Maßnahmen Potsdam Lab und PaSyMo werden Projekte mit der höchsten Zustimmung und dem

größten Nutzen für Naturschutz und Klimaresilienz im Bahnhofsumfeld realisiert. Die DB sieht großes Transferpotenzial: Innovationen werden auf ihre Skalierbarkeit und Geschäftsmodelle untersucht und für eine Übertragung in weitere Städte und Regionen in Deutschland vorbereitet.

Dies soll an den Bahnhöfen Griebnitzsee (Universität), Medienstadt Babelsberg (Pendler), Charlottenhof (Kiez), Park Sanssouci (Touristenbahnhof) und Golm (Wissenschaft) erfolgen. Dabei soll auf die Erfahrungen der Smart City DB in anderen Städten zurückgegriffen werden. Dabei geht es vor allem um die Neudefinition von Bahnhofsvorplätzen u. a. mit Sitzgelegenheiten und Spielfeldern, Kiezplattform, urbane Pflanzenlabore und Fragen der Anschlussmobilität und City-Logistik mitzudenken.

Planungsdashboard mit Klimafolgenabschätzung

Auf Basis der gemeinsamen Datengrundlage der Urbanen Datenplattform (UDP) soll eine Visualisierung des Umsetzungsstandes der kommunalen Klimaschutzstrategien für eine breiten Öffentlichkeit entwickelt werden. Es sollen Sektoren, Handlungsfelder, Ziele und Szenariorechnungen dargestellt werden, um Wirkung und ggf. Kosten von Maßnahmen abzuschätzen. Räumliche Entscheidungen sollen über das Dashboard dargestellt und die Beteiligung über PaSyMo und weitere Maßnahmen realisiert werden. Ziel ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Was-Wäre-Wenn-Entscheidungen für Handlungsoptionen, den Umsetzungsstand und die erforderlichen Maßnahmen im Klimaschutz. Unterstützung einer transparenten und evidenzbasierten Entscheidungsfindung in der Stadtentwicklung.

Klimaanpassung und Innovation Challenges

Mit den Bürger:innen werden im Rahmen des Potsdam Lab Problemdefinitionen auf Basis des Konzepts Klimaanpassung erarbeitet. Über neue Beschaffungsmodelle (PCP/Innovation Challenges) werden im Regio Hub Lösungen gesucht. Ein Innovationsbudget für die Erprobung im Schlaatz wird reserviert. Der Fokus liegt u. a. auf grüner Fernwärme, intelligenter Begrünung, Park- und Aufenthaltssensoren und Energiecommunity-Konzepten. Schwerpunkt der Planung und daher auch der Maßnahmen liegt im Schlaatz; nachfolgend sind Maßnahmen im gesamten Stadtgebiet denkbar.

Potsdam Lab: gemeinsam realisierte Stadtentwicklung

Das Potsdam Lab wird ein, im Sinne einer Denkfabrik, Raum der Entwicklung, des Experimentierens und des Lernens sein. Potsdam erweitert sich von der Stadt der Wissenschaften zur Stadt des interaktiven und sozial-gerechten Wissenstransfers. Das Wissen generiert sich aus den sozialen Strukturen in den Quartieren. Die Teilhabe wird langfristig verankert und sichergestellt.

Vorbild ist das Open Lab Stockholm, ein Zentrum für Design Thinking, in dem Studierende, Auszubildende und Wissenschaftler*innen der Universitäten Impulse zur Stadtentwicklung erarbeiten

Bürgerorientierte App zur Quartiersentwicklung

Ein Plug-In für eine bestehende App (z. B. der kommunalen Unternehmen oder anderer Kommunen) soll eine umfangreiche Beteiligungs-, Informations- und Service-Integration ermöglichen: UDP für informierte Entscheidungen, kommunale Services (u. a. Energieverbräuche, digitales Rathaus); niedrigschwellige Beteiligung zu Stadtentwicklung durch Umfragen/Feedback/Schnittstelle Potsdam Lab direkt in der App. Erreicht würde eine diversere Beteiligungsplattform durch ein niedrigschwelliges und neues Angebot, Erhöhung der Quartiersqualität durch Einbindung der Bürger:innen und informierte Entscheidungen, Angebot und Feedback zu kommunalen Services sowie direkter Kontakt zur Kommune (Digitales Rathaus).

Kooperativer Regio Hub

Das Projekt dient der interkommunalen Zusammenarbeit im Innovationskorridor von Berlin über das urbane Potsdam in den ländlichen Raum. Es ist eine digitale und analoge Mischung aus Coworking, Co-Creation Space, Think Tank und Beteiligungspartner – für Verwaltungen, Wirtschaft und Wissenschaft. Das kooperative Digitallab ist bundesweit ein Vorreiter für konstruktive Stadt-Land-Beziehungen. Die Maßnahme zielt auf den gesamten Innovationskorridor. Räumlich wird der Regio Hub im Potsdam Lab angesiedelt – so sind Bürger:innen, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung eng vernetzt.

5.6.5 Projektorganisation

Es wird die Arbeitsgruppe Smart City mit einer Doppelspitze aus Smart City und Smart Region Officer eingesetzt. Diese arbeitet eng mit den Innovations-Referent:innen

zusammen. Sie wird über das Management Board aus Oberbürgermeister und den Leitungen der kommunalen Unternehmen gesteuert.

Ein Digitalisierungsrat aus Expert:innen und Mitgliedern bestehender Gremien (z. B. Beteiligungs-, Klima-, Wirtschaftsrat) wird gegründet. Dieser bringt Fachimpulse für Projekte ein und sichert sektorübergreifende strategische Kohärenz im Querschnittsthema Digitalisierung. Der Digitalisierungsrat ist Inputgeber und begleitet den Transformationsprozess mit kritischem Blick für ausgewogene Lösungen.

Darüber hinaus werden externe Expert:innen in agile Projektteams eingebunden. Über flexible Vernetzungstreffen, beständige Kommunikation und den Regio Hub werden Akteure wie ProWissen, MediaTech Hub, Science Park in Golm, Silicon Sanssouci e. V., HPI, PIK, IASS, GFZ, IHK, Wohnungswirtschaft, kommunale Unternehmen und Kommunen (Berlin, Bad Belzig) eingebunden.

5.6.6 Ressourcen

Zur Steuerung stehen in den Organisationseinheiten neben der Stabstelle Stellen-/anteile in den Geschäftsbereichen zur Verfügung, so dass sich die Projektorganisation in der LHP selbst, durch 6,5 VZÄ abbildet.

In Phase A, der Strategieerarbeitung, fallen Kosten i. H. v. ca. 2,1 Millionen € an, davon werden 65 % über Fördermittel der KfW gedeckt.

In Phase B, der Strategieumsetzung, ergeben sich Gesamtkosten i. H. v. rund 13,6 Millionen €, auch davon werden 65 % von der KfW über Fördermittel gedeckt.

6. Strategisches Controlling und Berichtswesen

Mit der Beschreibung der ersten strategischen Projekte der Geschäftsbereiche liegen für die strategische Steuerung nunmehr erstmalig exemplarisch vom Leitbild bis zum strategischen Projekt konkrete Unterstellungen vor. Die Verwaltung ergänzt das System parallel abschließend um einen Rahmen für die operativen Maßnahmen. Damit wären dann auch Aufträge der Stadtverordnetenversammlung, die häufig auf der Ebene der operativen Maßnahmen (konkrete Probleme vor Ort) in der Zukunft

skalierbar und einzubinden in die gemeinsam vereinbarten strategischen und gesamtstädtischen Ziele.

Damit haben Verwaltung und Stadtverordnete in den letzten vier Jahren gemeinsam eine Grundlage erarbeitet, die nun zukünftig erstmalig einen an den Zielen der Stadt ausgerichtete Priorisierung ermöglicht. Diese wird nach der Pilotierung mit dem Doppelhaushalt 2023/24 schrittweise aufgebaut.

Parallel und als integraler Bestandteil des Strategieprozesses wird der Bereich Strategische Steuerung übergeordnet ein neu konzeptioniertes Controlling- und Reporting-System einführen. Dadurch soll die Projektzielerreichung besser als in der Vergangenheit gesichert werden, die Verwaltungsspitze mittels eines sog. Projektcockpitberichtes (Controlling-Kennziffern) in die Lage der gezielten Steuerung versetzt werden und das Berichtswesen gegenüber den Stadtverordneten verbessert werden.

Des Weiteren wird ein halbjährlicher Statusbericht zu den Strategieprojekten erhoben, der in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt wird. Auf Basis der aufgezeigten Sachverhalte können gegebenenfalls Korrekturvorschläge im Rahmen einer Maßnahmenplanung zur frühzeitigen Steuerung eingeleitet und von den verantwortlichen Ansprechpartnern umgesetzt werden.

Prozessschritt	Adressat	Berichtsform	Kommunikation	Messbarkeit	Evaluierung /Gültigkeit
Leitbild	Bürger:innen		Dialogveranstaltungen		10 Jahre
Gesamtstädtische Ziele	SVV	Polit. Bericht	jeweils vorab zum Haushalt	regelm. repräs. Bürgerbefragungen	5 Jahre (Legislatur)
Strategische Ziele GB	Hauptausschuss	Statusbericht	jährlich	(rep.) Teilbürgerbefragungen	5 Jahre (Legislatur)
Strategische Projekte GB	Fachausschüsse	Statusbericht	halbjährlich	Kennziffern und Statusberichte	Projektlaufzeit
	BK				
Operative Maßnahmen	Verwaltung (Geschäftsbeiratskonferenz)	BK		Kennziffern	Maßnahmenlaufzeit bzw. -umsetzung



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0362

öffentlich

Betreff:

Potsdam als Gastgeberstadt des Deutschen Chorfestes

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
Stadtverordneter Götz Friederich

Erstellungsdatum: 19.04.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.05.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Landeshauptstadt Potsdam als Gastgeberstadt des Deutschen Chorfestes beim Deutschen Chorverband zu bewerben.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Deutsche Chorfest findet in diesem Jahr in Leipzig statt. Bei dem Treffen mit rund 350 Chören und Vokalensembles liegt ein Schwerpunkt auf den Kinder- und Jugendchören. Singen kann den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern. Auch Potsdam hat eine vielschichtige Chorlandschaft und kann daher ein ausgezeichnete Gastgeber für dieses Fest sein.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

22/SVV/0370

öffentlich

Betreff:
Sitzungskalender 2023

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum: 20.04.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.05.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2023 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

gez. Vorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der vorliegende Sitzungskalender dient wiederum als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und Fraktionen. Die Termine für die Sitzungen der Ortsbeiräte und den Werksausschuss KIS werden im Laufe der Beratungen in den Gremien ergänzt.

Für die Planung der Sitzungstermine wurden die Erfahrungen der letzten Jahre genutzt und die traditionellen Sitzungstermine weitestgehend beibehalten sowie die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten berücksichtigt.

Aufgrund der Schulferien und der Feiertage sowie der Termindichte und der Vielzahl der Gremien lassen sich Überschneidungen der Gremientermine bzw. Verschiebungen nicht vollständig vermeiden.

Wegen der Ferientermine wurden für die Monate Februar, April und Juli/August keine Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung geplant; im Oktober kann zwar die Stadtverordnetenversammlung tagen, aber im Anschluss daran nicht alle Ausschüsse.

Ziel war es, die Vereinbarkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit mit Beruf und Familie zu berücksichtigen.

Änderungen der vorgeschlagenen Termine sind unter **Berücksichtigung der Ladungsfrist und der Sicherung des Teilnahmerechts der Ausschussmitglieder möglich, allerdings unter der Voraussetzung, dass überwiesene Vorlagen und Anträge unter Beachtung des Öffentlichkeitsprinzips in den nächstfolgenden Ausschusssitzungen beraten werden können. Änderungen sind in den Gremien zu beantragen, die davon betroffen sind.**

Nach Beratung in allen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräten soll der Sitzungskalender **spätestens im September 2022 beschlossen** und anschließend im Ratsinformationssystem veröffentlicht werden.

Sitzungskalender 2023 - 1. Halbjahr

Januar			Februar			März			April			Mai			Juni		
So	1	Neujahr	Mi	1		Mi	1	StVV	Sa	1		Mo	1	Tag der Arbeit	Do	1	
Mo	2	Weihnachtsferien	Do	2		Do	2		So	2		Di	2	ÄR	Fr	2	
Di	3	22.12.-03.01.	Fr	3		Fr	3		Mo	3	Osterferien	Mi	3	StVV	Sa	3	
Mi	4		Sa	4		Sa	4		Di	4	03.04.-14.04.	Do	4		So	4	
Do	5		So	5		So	5		Mi	5		Fr	5		Mo	5	FS
Fr	6		Mo	6	FS	Mo	6	FS	Do	6		Sa	6		Di	6	ÄR
Sa	7		Di	7	PTD, SBWL	Di	7	SBWL	Fr	7	Karfreitag	So	7		Mi	7	StVV
So	8		Mi	8	HA	Mi	8	HA	Sa	8		Mo	8	FS	Do	8	
Mo	9	FS	Do	9	KA	Do	9	RPA	So	9	Ostersonntag	Di	9	SBWL	Fr	9	
Di	10	Anschl., Präs., PTD	Fr	10		Fr	10		Mo	10	Ostermontag	Mi	10	HA	Sa	10	
Mi	11	FA	Sa	11		Sa	11		Di	11		Do	11	RPA, KA	So	11	
Do	12		So	12		So	12		Mi	12		Fr	12		Mo	12	FS
Fr	13		Mo	13	FS	Mo	13	FS	Do	13		Sa	13		Di	13	SBWL, GSWI
Sa	14		Di	14	Anschl., Präs., B/Sp, GSWI	Di	14	OS, PTD	Fr	14		So	14		Mi	14	HA
So	15		Mi	15	FA	Mi	15	FA	Sa	15		Mo	15	FS	Do	15	JHA, RPA
Mo	16	FS	Do	16	JHA	Do	16	JHA	So	16		Di	16	B/Sp, GSWI	Fr	16	
Di	17	SBWL	Fr	17		Fr	17		Mo	17	FS	Mi	17		Sa	17	
Mi	18	HA	Sa	18		Sa	18		Di	18	Anschl., Präs., SBWL	Do	18	Christi Himmelfahrt	So	18	
Do	19	RPA, JHA	So	19		So	19		Mi	19	HA	Fr	19		Mo	19	FS
Fr	20		Mo	20	FS	Mo	20	FS	Do	20		Sa	20		Di	20	B/Sp, PTD
Sa	21		Di	21	OS, SBWL	Di	21	B/Sp, SBWL	Fr	21		So	21		Mi	21	FA
So	22		Mi	22	HA	Mi	22		Sa	22		Mo	22	FS	Do	22	KA
Mo	23	FS	Do	23	KUM	Do	23	KA, KUM	So	23		Di	23	Anschl., Präs., SBWL, PTD, OS	Fr	23	
Di	24	ÄR	Fr	24		Fr	24		Mo	24	FS	Mi	24	FA	Sa	24	
Mi	25	StVV	Sa	25		Sa	25		Di	25	PTD, OS	Do	25	JHA, KUM	So	25	
Do	26		So	26		So	26		Mi	26	FA	Fr	26		Mo	26	FS
Fr	27		Mo	27	FS	Mo	27	FS	Do	27	JHA	Sa	27		Di	27	SBWL
Sa	28		Di	28	ÄR	Di	28	GSWI	Fr	28		So	28	Pfingstsonntag	Mi	28	HA
So	29					Mi	29	HA	Sa	29		Mo	29	Pfingstmontag	Do	29	KUM
Mo	30	Winterferien				Do	30		So	30		Di	30		Fr	30	
Di	31	30.01.-03.02.				Fr	31					Mi	31	HA			

Sitzungskalender 2023 - 2. Halbjahr

Juli			August			September			Oktober			November			Dezember		
Sa	1		Di	1	Sommerferien	Fr	1		So	1		Mi	1	Herbstferien	Fr	1	
So	2		Mi	2	13.07.-26.08.	Sa	2		Mo	2	FS, ÄR	Do	2	23.10.-04.11.	Sa	2	
Mo	3	FS	Do	3		So	3		Di	3	Tag der Dt. Einheit	Fr	3		So	3	
Di	4		Fr	4		Mo	4	FS	Mi	4	StVV	Sa	4		Mo	4	FS
Mi	5		Sa	5		Di	5	ÄR	Do	5		So	5		Di	5	ÄR
Do	6		So	6		Mi	6	StVV	Fr	6		Mo	6	FS	Mi	6	StVV
Fr	7		Mo	7		Do	7		Sa	7		Di	7	ÄR	Do	7	
Sa	8		Di	8		Fr	8		So	8		Mi	8	StVV	Fr	8	
So	9		Mi	9		Sa	9		Mo	9	FS	Do	9		Sa	9	
Mo	10	FS	Do	10		So	10		Di	10	SBWL	Fr	10		So	10	
Di	11		Fr	11		Mo	11	FS	Mi	11	HA	Sa	11		Mo	11	FS
Mi	12		Sa	12		Di	12	SBWL	Do	12	KA	So	12		Di	12	SBWL
Do	13	Sommerferien	So	13		Mi	13	HA	Fr	13		Mo	13	FS	Mi	13	HA
Fr	14	13.07.-26.08.	Mo	14		Do	14		Sa	14		Di	14	SBWL	Do	14	KA, KUM
Sa	15		Di	15		Fr	15		So	15		Mi	15	HA	Fr	15	
So	16		Mi	16		Sa	16		Mo	16	FS	Do	16	RPA, KA	Sa	16	
Mo	17		Do	17		So	17		Di	17	B/Sp, GSWI, PTD	Fr	17		So	17	
Di	18		Fr	18		Mo	18	FS	Mi	18	FA	Sa	18		Mo	18	FS
Mi	19		Sa	19		Di	19	Anschl., Präs., B/Sp, GSWI, PTD	Do	19	RPA, JHA, KUM	So	19		Di	19	B/Sp, OS
Do	20		So	20		Mi	20	FA	Fr	20		Mo	20	FS	Mi	20	FA
Fr	21		Mo	21		Do	21	KA, KUM	Sa	21		Di	21	Anschl., Präs., B/Sp, OS, PTD	Do	21	JHA
Sa	22		Di	22	Anschl., Präs.	Fr	22		So	22		Mi	22	FA	Fr	22	
So	23		Mi	23		Sa	23		Mo	23	Herbstferien	Do	23	JHA, KUM	Sa	23	Weihnachtsferien
Mo	24		Do	24		So	24		Di	24	23.10.-04.11. Anschl., Präs.	Fr	24		So	24	23.12.-05.01. Heilig Abend
Di	25		Fr	25		Mo	25	FS	Mi	25		Sa	25		Mo	25	1. Weihnachtsfeiertag
Mi	26		Sa	26		Di	26	SBWL, OS	Do	26		So	26		Di	26	2. Weihnachtsfeiertag
Do	27		So	27		Mi	27	HA	Fr	27		Mo	27	FS	Mi	27	
Fr	28		Mo	28	FS	Do	28	RPA, JHA	Sa	28		Di	28	SBWL, GSWI	Do	28	
Sa	29		Di	29	SBWL, OS	Fr	29		So	29		Mi	29	HA	Fr	29	
So	30		Mi	30	HA	Sa	30		Mo	30		Do	30		Sa	30	
Mo	31		Do	31	KA				Di	31	Reformationstag				So	31	Silvester

Legende

Beginn

Anschl.	Antragsschluss	Di., 13:00 Uhr
Präs.	Präsidiumssitzung	Di., 16:00 Uhr
FS	Fraktionssitzung	Mo.
ÄR	Ältestenrat	Di., 18:00 Uhr
StVV	Sitzung der Stadtverordnetenversammlung	Mi., 15:00 Uhr
HA	Hauptausschuss	Mi., 17:00 Uhr
MB	Migrantenbeirat	Mi., 16:30 Uhr
RPA	Rechnungsprüfungsausschuss	Do., 18:00 Uhr
FA	Ausschuss für Finanzen	Mi., 18:00 Uhr
WA KIS	Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service	Fr., 15:00 Uhr
B/Sp	Ausschuss für Bildung und Sport	Di., 17:30 Uhr
KA	Ausschuss für Kultur	Do., 17:30 Uhr
JHA	Jugendhilfeausschuss	Do., 16:30 Uhr
GSWI	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion	Di., 18:00 Uhr
OS	Ausschuss für Ordnung und Sicherheit	Di., 18:00 Uhr
KUM	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität	Do., 18:00 Uhr
SBWL	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes	Di., 18:00 Uhr
PTD	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung	Di., 18:00 Uhr
OBR	Ortsbeirat	